Universität Konstanz
Fakultät für
Verwaltungswissenschaften

Diplomarbeit zur Erlangung des Grades
Diplom-Verwaltungswissenschaftler

Titel:

Finanzmarktregulierung und Kapitalverkehrskontrollen in Entwicklungsländern. Eine quantitative Analyse des Einflusses substaatlicher Faktoren auf die außenwirtschaftliche Öffnung.

vorgelegt von:

Michael Sonnenberg

Email: orea@surfeu.de

Gutachter:

1. Gutachter: Prof. Dr. Gerald Schneider

2. Gutachter: Prof. Dr. Thomas König

Konstanz, November 2001

Nel mezzo del cammin di nostra vita
mi ritrovai per una selva oscura
che la diritta via era smarrita.

…

guardai in alto e vidi le sue spalle,
vestite già de’ raggi del pianeta
che mena dritto altrui per ogni calle.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 1

2 Analytischer Bezugsrahmen 7

2.1 Allgemeine Theorien und Ansätze 7
2.2 Systemische Ansätze 13
2.3 Subsystemische Ansätze 14

2.3.1 Quinn und Inclán (1997) 15
2.3.2 Leblang (1997) 22
2.3.3 Schulze (2000) 24

3 Theoretisches Modell und Hypothesen 29

3.1 Darstellung des theoretischen Modells 29
3.2 Hypothesen 33

4 Datensatz 35

5 Operationalisierung 40

5.1 Abhängige Variable 40
5.2 Unabhängige Variablen 40
5.3 Kontrollvariablen 44

6 Empirische Analyse 45

6.1 Statistische Methode 45
6.2 Regressionsanalyse 50
6.3 Diskussion der statistischen Ergebnisse 58

7 Schlußbetrachtung 61

Bibliographie

Anhang

1 Einleitung

Im Rahmen der in den letzten 20 Jahren zunehmenden Bemühungen von Entwicklungsländern, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren, konstatiert man ein „Integrationsparadox“. Trotz des weitgehend wirtschaftswissenschaftlichen Konsenses, daß eine Integration positive volkswirtschaftliche Wachstumsimpulse setzt, erhalten sich hohe Grade an Protektion. Dies gilt besonders für einen Teilbereich außenwirtschaftlicher Liberalisierung, der Kapitalverkehrsoffenheit bzw. die in dieser Arbeit betrachteten Kapitalverkehrskontrollen.

Dieser Befund gilt nicht nur bei den Entwicklungsländern: von 186 Staaten erlauben nur 42 einen freien Kapitalverkehr, das sind lediglich 22,6%. Dieser Wert hat zudem seit 1975 nur um etwa 18% zugenommen (Schulze 2000: 1).

Dies erstaunt um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Entwicklungsländer seit den 80er Jahren der vormalig verfolgten ökonomischen Strategie der Abkopplung vom Weltmarkt den Rücken gekehrt haben und seitdem immer mehr auf die Integration in den Weltmarkt setzten.

Zwar ist durch die Asienkrise 1997 die Kapitalmarktliberalisierung negativ ins Gespräch gekommen (vgl. Plümper und Dietsche 1999: 16f), man kann aber eine allmähliche, wenn auch nur sehr langsame Senkung dieser „Finanzmarkt-Repression“ in den Entwicklungsländern beobachten.[1]

Kapitalverkehrskontrollen sind staatliche Eingriffe in sämtliche Formen von Kapitaltransfers zwischen dem In- und Ausland. Sie umfassen nicht nur Kapitalbewegungen, sondern den gesamten kommerziellen Zahlungsverkehr (Weniger 1988: 47f). Mögliche Kapitalverkehrskontrollen sind somit Restriktionen von Krediten ins Ausland, vom Handel mit ausländischen Waren, Wertpapieren, Devisen, Unternehmensbeteiligungen, handelbaren Rechten usw. (Schulze 2000: 11). Ein Blick in den „Annual Report on Exchange

[1] Siehe hierzu den graphischen Plot der Entwicklung der Kapitalverkehrskontrollen im Anhang A.

Arrangements and Exchange Restrictions“ zeigt die mannigfaltigsten Eingriffe in den Kapitalverkehr.[2]

Warum beschränken Regierungen überhaupt ihren Kapitalverkehr mit dem Ausland?

Die meisten Ökonomen verurteilen primär Kapitalverkehrskontrollen: Sie behindern eine effiziente Kapitalallokation, reduzieren die Kapitalformierung, verursachen einen großen Verwaltungsaufwand der Behörden, führen zu vermehrten Korruptionsversuchen, um diese Kontrollen zu umgehen, und anderes mehr (Schulze 2000: 1; 9).

Andere Ökonomen verteidigen Kapitalverkehrskontrollen als ökonomisch zweitbeste Lösung, welche in bestimmten Situationen ihre Berechtigung habe.[3]

Gleichwohl ist unbestritten, daß ein freier Kapitalverkehr unter bestimmten Bedingungen die Stabilität des Wechselkurses bedrohen und die makroökonomischen Handlungsmöglichkeiten einer Regierung entscheidend beeinflussen kann. Vor allem kurzfristige Kapitalströme können selbst einem OECD-Staat wie Großbritannien größere Probleme bereiten, wie der Austritt aus dem Europäischen Währungssystem 1992 und die folgende Abwertung des Pfund Sterling zeigte. Kapitalverkehrskontrollen könnten also der innenpolitische Versuch sein, solche negativen Einflüsse abzuwehren und eine eigenständige monetäre Politik aufrechtzuerhalten.

Trotz der erfolgreichen Bestrebungen vieler Entwicklungsländer seit den 80er Jahren, im Bereich Handel die Abgrenzung vom Weltmarkt zu verringern, stellen die nach wie vor hohen Kapitalverkehrskontrollen einen Sonderfall für die hartnäckige Abschottung der Staaten dar.

---

[2] Die in dieser Arbeit berücksichtigten Arten von Kapitalverkehrsbeschränkungen sind im Anhang D aufgeführt.

[3] Bhagwati 1998; Übersicht bei Plümper und Dietsche 1999.

Die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen richtet sich demnach nicht grundsätzlich nach denselben Kriterien wie eine allgemeine Handelsliberalisierung.[4]

Wie ist nun aber der anhaltend hohe Grad von Kapitalverkehrskontrollen in den Entwicklungsländern erklärbar?

Systemische Theorien gehen beispielsweise davon aus, daß die nationale Politik durch internationale Einflüsse entscheidend beeinflußt wird. Kapitalverkehrskontrollen würden in einer zunehmend interdependenten Welt allmählich abgebaut werden, da auch der Finanzmarkt kontinuierlich integriert werde (vgl. Leblang 1997: 436).

Die Realität sieht freilich anders aus. Kapitalverkehrskontrollen befinden sich erstens in vielen Staaten auf hohem Niveau. Zweitens können Ursachen wie globale Wirtschaftskrisen oder der sogenannte „Globalisierungsdruck“ kaum die unterschiedlichen Niveaus von Kapitalverkehrskontrollen erklären, da diese externen Faktoren auf viele Staaten ähnlich wirken, letztere aber durchaus deutliche Unterschiede in der Höhe der Kapitalverkehrskontrollen vorweisen.[5]

Ein alternativer Theorienstrang befaßt sich mit den Wechselwirkungen zwischen demokratischer Staatsform und der Kapitalmarktliberalisierung (Quinn 2000, Milner und Kubota 1999 u.a.).[6] Hier wird unterstellt, daß legale Vorstellungen und moralische Werte in Demokratien zu dauerhafter Liberalisierung führten und daß Autokratien eher eine

---

[4] Die Korrelation zwischen Kapitalmarktoffenheit und Handelsoffenheit beträgt nach dem vorliegenden Datensatz etwa 0,76. Einige Autoren haben gerade für Entwicklungsländer nachweisen können, daß im Prozeß der wirtschaftlichen Öffnung eines Landes die Finanzmarktliberalisierung erst nach der Handelsliberalisierung erfolgt (Übersicht bei Leblang 97: 449).

[5] Vgl. Quinn und Inclán 1997: 801. Die Autoren führen in ihrer Untersuchung über 21 OECD-Staaten an, daß Staaten unterschiedlich auf die gleichen wirtschaftlichen Einflüsse von außen reagieren.

[6] Wegen der empirisch fehlenden Relevanz der Demokratie-Liberalisierung-Ansätze wurde darauf verzichtet, auf den Ansatz von Milner und Kubota einzugehen. Gleichwohl wird eine ähnliche Überlegung über eine Kontrollvariable in das unten erstellte Modell aufgenommen.

inkonsistente Politik betrieben (Quinn 2000: 4). Das Recht, nach freiem Ermessen wirtschaftliche Transaktionen vorzunehmen, folge aus der gleichen ideologischen Grundhaltung, die im Sinne der Selbstbestimmung auch die demokratischen Grundrechte bewirke (vgl. ebda). Die Basis für eine solche Hypothese ist bei Quinn ein utilitaristischer Ansatz, durch welchen behauptet wird, daß Menschen in einer Demokratie Willkürakte ausschalten möchten, weil sie auch selbst betroffen sein könnten. Daher würden alle Bestrebungen darauf hinaus laufen, auch Repressionen des Finanzmarkts zu verhindern (Quinn:5).[7] In Autokratien, so Quinn, wäre eine Kapitalmarktliberalisierung ein politischer Fehler, denn die wirtschaftlich frei gewordenen Menschen würden auch bald nach politischen Freiheiten dürsten (Quinn 2000: 6).

Diese Argumentation ist teils normativer, teils funktionalistischer Natur. Sie hat auch einen soziologischen Theoriekern, der Politik und politischen Wandel als durch „Kultur“ induziert betrachtet. Widerstreitende Interessen im Staat werden hier eher untergeordnet behandelt. Ein Manko dieses Ansatzes sind allerdings die großen betrachteten Zeiträume: Zur empirischen Unterstützung führt Quinn an, daß zehn Autokratien mit offenem Kapitalmarkt in den 50er Jahren mittlerweile entweder demokratisch geworden, die Liberalisierung zurückgefahren hätten oder zusammengebrochen seien (Quinn 2000: 8). Aufgrund solch großer Zeitspannen kann ein kausaler Mechanismus wohl schwerlich konstatiert werden.

Gerade empirisch scheinen Ansätze wie die von Quinn und Milner/Kubota zumindest bei der Analyse der Entwicklungsländer unrealistisch. Wie eine andere Studie zeigte, gab es in einem Sample von Entwicklungsländern, von 1970 an betrachtet, 14 Staaten, die sich ökonomisch öffneten, ohne vorher zu demokratisieren; 10 weitere Staaten demokratisierten, ohne sich innerhalb von fünf Jahren zu öffnen, und nur 4 Staaten demokratisierten, um sich dann zu öffnen (Plümper und Schneider 2000: 8).[8]

---

[7] Ein andere normative Theorie behauptet indes das Gegenteil: Demokratie könne an sich mit einer internationalen kapitalistischen Ökonomie nicht harmonieren, denn letztere schaffe Ungleichheiten, die den Grundsätzen der Demokratie widersprächen. Eine Übersicht gibt Quinn 2000: 11f.

[8] Quinns Ausführungen beziehen sich zwar in seiner Studie lediglich auf die Kapitalmarkt- und nicht auf die Handelsliberalisierung, jedoch korreliert der Grad der Kapitalmarktoffenheit mit 0,76 recht hoch mit der

Es liegt also nahe, die Ursachen der Kapitalverkehrskontrollen eher in den Präferenzen der relevanten politischen Akteure und den ihnen auferlegten Restriktionen zu suchen.

Hier kann man drei Analyseebenen unterscheiden: die nationalen politischen Akteure, die institutionellen Bedingungen und ferner wirtschaftliche Faktoren.

Kapitalverkehrskontrollen werden wie andere politische Maßnahmen auch durch Gesetze erlassen, um den Kapitalverkehr einzuschränken. Es stellt sich also die Frage, wie Gesetze über Kapitalverkehrskontrollen innenpolitisch zustande kommen, welche Akteure welche Positionen vertreten und sich durchsetzen, welche institutionellen Rahmenbedingungen einen meßbaren Einfluß auf das Politikergebnis haben und welche wirtschaftlichen Kennzahlen von Bedeutung sind. Es geht hier folglich um eine politökonomische sowie institutionelle Analyse der Bedingungen von Kapitalverkehrskontrollen.

Über Gründe der Handelsliberalisierung wurde schon viel geschrieben. Bei den Kapitalverkehrskontrollen, noch dazu denen von Entwicklungsländern, ist das weniger der Fall. Bisher liegen solche polit-ökonomischen und institutionellen Analysen von Kapitalverkehrskontrollen nur in Ansätzen vor (z.B. Schulze 2000, Quinn und Inclán 1997, Alesina und Tabellini 89).[9] Aus diesem Grund soll in dieser Arbeit versucht werden, die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen in Abhängigkeit von subsystemischen Faktoren zu analysieren und empirisch zu testen. Hierzu werden Daten von 89 Entwicklungsländern Afrikas, Asiens sowie Mittel- und Südamerikas erhoben und mögliche statistische Zusammenhänge gemäß den unten aufgestellten Hypothesen herauszuarbeiten versucht. Einerseits soll durch die große Anzahl und die Heterogenität dieser Entwicklungsländer versucht werden, möglichst allgemeingültige Aussagen über die Ursachen der Höhe der Kapitalverkehrskontrollen zu generieren. Es wird dabei nicht übersehen, daß die gemeinsame Analyse derart verschiedener Staaten möglicherweise zu anderen Ergebnissen führen kann, als eine differenzierte Analyse

---

Handelsliberalisierung der Entwicklungsländer. Deshalb scheint ein direkter Vergleich der beiden Studien zulässig.

[9] Quinn und Inclán halten die Untersuchung der Finanzmarktoffenheit in den Nicht-OECD-Staaten sogar für eine vielleicht noch wichtigere, aber auch komplexere Aufgabe (Quinn und Inclán 97: 807).

von Staaten, die nach bestimmten Kategorien geordnet wären. Im Rahmen einer Diplomarbeit schien letzteres Vorhaben jedoch nicht durchführbar.

Zur weiteren Vorgehensweise: Unter Punkt 2 werden zuerst die der Arbeit zugrunde liegenden theoretischen Grundannahmen erläutert und sodann detaillierte Ansätze über systemische und subsystemische Ursachen von Kapitalverkehrskontrollen erörtert. In Kapitel 3 wird ein theoretisches Modell entworfen, das den Wirkungsmechanismus aus institutionellen und akteursspezifischen Faktoren hinsichtlich der Kapitalverkehrskontrollen darstellen soll. Daraus werden die zu testenden Hypothesen abgeleitet. Kapitel 4 stellt den Datensatz vor, mit dem die quantitative Analyse durchgeführt wird. In Kapitel 5 wird die Operationalisierung der Variablen erläutert. Unter Punkt 6 erfolgt dann die statistische Analyse und die kritische Diskussion der Ergebnisse. Es folgen Schlußbetrachtung, Literaturverzeichnis und Anhang.

2 Analytischer Bezugsrahmen

2.1 Allgemeine Theorien und Ansätze

Die vorliegende Arbeit ist eine polit-ökonomische Analyse. Im folgenden werden die ihr zugrunde liegenden Theorien und Ansätze vorgestellt.

Metatheoretisch liegt der Arbeit das Konzept des methodologischen Individualismus zugrunde. Danach wird angenommen, daß zu erklärende Makro-Phänomene eine Art Aggregation individueller Handlungen sind und man folglich individuelle Akteure und Akteursgruppen sowie deren Präferenzstrukturen und Interaktionen untersuchen muß, um eine begründete Herleitung des Makrophänomens zu erhalten („internal analysis of system behavior“, s. Coleman 2000: 2). Es gibt mehrere Vorteile dieses analytischen Vorgehens. Eine Analyse, die nur die Systemebene betrachtet, in der das soziale Phänomen auftrifft, stößt zuerst auf ein Datenproblem: Die Vielzahl möglicher Hypothesen über die Zusammenhänge im System lassen sich durch die Daten der relativ wenigen Fälle nicht bestätigen. Man kann auf der Systemebene lediglich statistische Beziehungen erkennen, aber kausale Mechanismen lassen sich so kaum herausarbeiten.

Individuen lassen sich dagegen leichter beobachten, was die Hypothesenbildung vereinfacht, es gibt genügend „Fälle“, und Hypothesen über die Interaktion von Einheiten (Individuen, Gruppen usw.) sind leichter zu falsifizieren. Daraus ergibt sich, daß die Vorhersagekraft solcher Theorien größer ist als durch eine rein systemische Betrachtung. (Coleman 2000: 3).[10]

---

[10] Allerdings entsteht auch hier ein analytisches Problem: Ein soziales Phänomen besteht nicht allein aus der Aggregation seiner Einheiten. Es wird weder vorhergesehen noch ist es intendiert. Das größte Problem dieser Methodologie ist also der Übergang von der individuellen auf die sozietale Ebene („micro-to-macro problem“, Coleman 2000: 6).

Auf diese Arbeit angewandt, entspricht das zu erklärende Makro-Phänomen der Höhe der Kapitalverkehrskontrollen, und die Mikrofundierung den Präferenzen und Handlungstheorien der innenpolitischen Akteure.

Handlungstheoretisch liegt dieser Arbeit das Modell des rationalen Akteurs zugrunde. Es wird demgemäß angenommen, daß Politiker und andere relevante Akteure nutzenmaximierende Individuen sind, die nicht altruistisch für das Wohl des Staats oder der Gemeinschaft handeln, sondern nach individuellen Präferenzen.[11] Somit wird auch die Notion des Staats als einheitlichem Akteur nicht vertreten und statt dessen angenommen, daß der Staat eine Arena darstellt, in der verschiedene politische Akteure (Regierung, Militär, Eliten, Wahlvolk, Bürokraten) ihre Interessen durchzusetzen versuchen.[12]

Diese Überlegung findet im Ansatz von Robert Putnam (1988) und anderen Autoren ihren Niederschlag. Putnam entwirft einen Zwei-Ebenen-Ansatz, der die Interaktionen zwischen dem In- und Ausland am Beispiel internationaler Verträge modelliert (Putnam 1988: 434). Relevant für die vorliegende Arbeit ist hieraus die Annahme, daß ein von einer Regierung ausgehandelter Vertrag der Notwendigkeit einer innenpolitischen Ratifizierung unterworfen ist. Diese Ratifizierung kann je nach den Präferenzen und Machtverhältnissen der innenpolitischen Akteure auch verweigert werden. Daraus folgt, daß der Staat nicht als ein unitaristischer Akteur wie in den systemischen Ansätzen konzipiert werden kann, denn der entscheidende Faktor für ein Verhalten eines Staates gegenüber dem Ausland sind innenpolitische Aushandlungsprozesse.

Ein weiterer Ansatz, der in dieser Arbeit Niederschlag findet, ist die ökonomische Theorie der Politik nach Anthony Downs, der das nutzenmaximierende Prinzip auf die politische Arena anwendet: Politiker wollen als primäres Ziel gewählt werden oder im Amt bleiben und bieten bestimmte Politiken für Wählerstimmen oder politische Unterstützung an. Es geht ihnen nicht primär um die Umsetzung bestimmter Politiken, sie betrachten vielmehr das Amt als Mittel

---

[11] Über die Fundierung von Rational Choice Annahmen s. Opp, Cox und Wuffle, alle 1999

[12] Die Aufgabe der Notion des Staats als einheitlichem Akteur ergibt sich bereits aus der oben dargelegten Mikrofundierung einer Analyse nach Coleman.

für ihre privaten Zwecke, ohne das sie dieselben nicht befriedigen können (Downs 1957: 28). Dies gilt primär für demokratische Systeme. Bei den Entwicklungsländern handelt es sich oft um mehr oder weniger autokratische Länder, in denen die Regierungen nicht vom Volk gewählt oder abgewählt werden können. Das ändert an der grundlegenden Überlegung jedoch nichts. Man kann die ökonomische Theorie der Politik um die Annahme erweitern, daß Politiker in diesen Ländern den sie unterstützenden Gruppen private Renten anbieten oder sich aber die politische Stabilität (und damit den eigenen Postenerhalt) mit bestimmten erwünschten Politiken erkaufen, hier mit der Schaffung oder Reduzierung der Kapitalverkehrskontrollen.[13] Das zentrale Element des Ansatzes bleibt so erhalten: Politik wird als eine Art ökonomisches Gut verstanden, das Politiker besitzen und welches handelbar ist, das also gegen eine Gegenleistung von gesellschaftlichen Gruppen erkauft werden kann.

Ein ähnlich fundierter Ansatz wie der von Downs ist die „Theorie der Bürokratie“ von William Niskanen (1971). Darin wird behauptet, daß Bürokraten ebenso wie andere Individuen ihren Nutzen maximieren. Sie unterliegen lediglich speziellen Rahmenbedingungen, die es ihnen leicht machen: Ihr Produkt ist ein monopolartiges Gut, weil nur sie es bereitstellen können, es ist keiner direkten Effizienzmessung zugänglich und deshalb auch nicht kontrollierbar.[14] Die Bürokratien haben einen Informationsvorsprung, den sie für eigene Interessen nutzen können: Principal-Agent-Probleme sind die Folge. Diese ergeben sich stets dann, wenn ein Auftraggeber (Prinzipal) eine Tätigkeit an einen Dritten (Agent) delegiert. Dieser Agent hat unabhängig von seinem Auftrag eigene Interessen, die von denen des Prinzipals abweichen können. Es kann so dazu kommen, daß der Agent die Interessen des Prinzipals weniger verwirklicht als seine eigenen, vor allem bei mangelnder Überwachung durch den Prinzipal. Das bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die Bürokratie, der offiziell Verwaltungsaufgaben nur delegiert werden, in eigenem Interesse handelt und es so zu Abweichungen von den von der Politik aufgestellten Zielen kommen kann.

---

[13] Über die Idee, daß die Gegenleistung, welche die Politiker erhalten, in Autokratien nicht dieselbe ist wie in Demokratien, daß beispielsweise schon die Sicherheit vor einem Militärputsch eine genügende Gegenleistung für die herrschende Regierung bedeuten kann, siehe Plümper und Schneider 2000: 13f

[14] Z.B.: Wieviel Sicherheit muß die Polizei produzieren?

Die Nutzenmaximierung der Bürokraten erfolgt vor allem über die Größe der Behörde: Je größer die Behörde, desto höher kann der Bürokrat aufsteigen, desto höher das Gehalt, das Prestige, die Macht usw. (Niskanen 1971: 38) Was dem Politiker also der Amtserhalt, ist dem Bürokraten die Budgetmaximierung, die er von den regierenden Politikern bekommen kann, indem er Vergrößerungen des Bürokratieapparats als notwendig begründet.

In diesem theoretischen Licht werden auch die in der Einleitung angesprochenen Versuche einiger Autoren, Kapitalverkehrskontrollen teilweise als ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zu erkennen, für diese Arbeit nebensächlich. Wenn man den hier vorliegenden Theorierahmen zugrunde legt, geht es in der Politik nicht um das Gemeinwohl des Staates, sondern es befinden sich in der Entscheidungsebene Individuen, die primär ihren eigenen Nutzen maximieren wollen. Eine normative Diskussion von Kapitalverkehrskontrollen wird hier folglich nicht versucht, sondern die Public-Choice-Perspektive verfolgt, nach der Entscheidungsprozesse in der Politik eher durch distributive Erwägungen geleitet sind und weniger durch Effizienzkriterien (Schulze 2000: 26). Im Mittelpunkt steht hier also vor allem die Herausarbeitung der Interessen der politischen Akteure innerhalb der Staaten, welche zur Entscheidung für oder wider Kapitalverkehrskontrollen führen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Annahme von Rent-seeking: Akteure außerhalb der unmittelbaren politischen Arena (Regierung, Parlament) versuchen, über die Politiker Einfluß auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen, um durch wünschbare Gesetze oder Programme private Renten abzuschöpfen, die sich aus den Konsequenzen der jeweiligen Politik ergeben. Dies folgt logisch dem Modell des rationalen Akteurs und dem Ansatz von Anthony Downs.[15]

Eine weitere grundlegende Annahme ist, daß Institutionen ebenfalls eine wichtige Rolle für das Politikergebnis spielen, da sie die Arena definieren und begrenzen, in der sich die Akteure bewegen können.[16] Institutionen stellen für das Individuum sowohl kulturelle als auch reale (materielle) Restriktionen dar, die seinen Handlungsspielraum begrenzen. Soziales Leben ist kontextbedingt, und dieser Kontext wirkt sich neben den rationalen Bestrebungen im

---

[15] Kritisch in der Anwendungsmöglichkeit auf Kapitalverkehrskontrollen: Schulze 2000: 48

[16] Siehe neo-institutionalistische Literatur, Übersichten z. B. bei Immergut 1997 und 1998

Verhalten des Individuums aus (Immergut 1997: 328). Restriktionen institutioneller Art sind vielfältig. Auch die politische Struktur eines Landes grenzt die Handlungsoptionen der Akteure ein, zum Beispiel wenn in einem präsidentiellen System der Präsident einen Gesetzesentwurf an das Parlament zurückweisen kann, oder wenn ein sogenannter institutioneller Vetospieler bestimmte Reformen gänzlich zu verhindern in der Lage ist.[17]

Man kann also annehmen, daß institutionelle Faktoren wie beispielsweise der Grad demokratischer oder autokratischer Ausgestaltung des Staats einen unabhängigen Einfluß auf Politikergebnisse besitzen können, den es zu untersuchen gilt.

Ein weiterer theoretischer Ansatz ergibt sich aus der Annahme, die Finanzmarktregulierung erfolge vor allem durch die innenpolitische Auseinandersetzung zwischen politischen Akteuren: die „Logik des kollektiven Handelns“ von Mancur Olson (1965). Hier geht es vor allem um die Schaffung von öffentlichen Gütern. Rein öffentliche Güter sind solche, die in unbegrenzter Menge vorhanden sind und von denen niemand ausgeschlossen werden kann. Die Schaffung dieser Güter ist das Zentralproblem dieses Ansatzes, denn die Kosten solcher Güter sind oft hoch, der absolute Nutzen für den einzelnen zuweilen relativ klein.

Olson vermutet, daß Individuen sich nur dann für ein kollektives Gut (hier: Schaffung oder Reduzierung von Kapitalverkehrskontrollen) einsetzen, wenn der Nutzen aus demselben die individuellen Kosten für die Bemühungen übersteigt. In einer kleinen Gruppe wird der Nutzen unter wenigen Individuen aufgeteilt, in einer großen Gruppe unter sehr vielen, so daß der Nutzen für das Individuum in einer großen Gruppe marginal ist. Daraus leitet Olson ab, daß es vor allem kleinen Gruppen gelingt, kollektive Güter zu schaffen, da die Mitglieder kleiner Gruppen leichter vom bevorstehenden Nutzen überzeugt werden können (Olson 1965: 36; Schulze 2000: 48).

---

[17] Vgl. Tsebelis (1995) zur Verhinderung von politischen Reformen durch Vetospieler. In der vorliegenden Arbeit geht es allerdings nicht um Reformen an sich, sondern um die absolute Höhe von Kapitalverkehrskontrollen. Da es auch Rückschritte bei der Liberalisierung des Finanzmarktes gibt, ist eine Vetospieleranalyse hier nicht sinnvoll.

Die Relevanz dieses Ansatzes in der vorliegenden Arbeit liegt in der Frage, ob und welche gesellschaftlichen Gruppen bereit sind, sich für die Regulierung des Finanzmarktes zu engagieren, oder ob eventuell die Parteien die Präferenzen ihrer jeweiligen Wählerschaft antizipieren. Die Annahme, daß eine Kapitalmarktliberalisierung ein öffentliches Gut darstellt, ist zweifellos gewagt. Allgemeine positive Impulse sind nur zu erwarten, wenn auch andere makroökonomische Voraussetzungen vorliegen (Plümper und Dietsche 1999: 19f), und dies wahrscheinlich auch erst langfristig. Die Behandlung von Kapitalverkehrskontrollen als Distributionsproblem zeigt auch bereits auf, daß das „öffentliche Gut" Kapitalmarktliberalisierung kein wirkliches öffentliches Gut sein muß. Allerdings hilft der Ansatz der „Logik des kollektiven Handelns" zu verstehen, warum einige Akteure ihre Interessen nicht wahrnehmen oder wahrnehmen können.[18]

Die Frage, warum sich bestimmte Interessengruppen bei der Forderung nach Kapitalverkehrskontrollen durchsetzen und damit in bestimmten Fällen der Wohlfahrtsverlust für den Staat größer ist als der Gewinn für einige, beantwortet Olsons insoweit, als der Gewinn für die kleine Gruppe der Befürworter relativ groß, der Verlust aber in Form eines Wohlfahrtsverlust über die ganze Gesellschaft verteilt ist. So erklären sich auch dauerhaft pareto-suboptimale Politikergebnisse (vgl. Schulze 2000: 48).

Ein weiteres Modell der Politik ist das Medianwählertheorem. Hier wird, kurz gesagt, angenommen, daß sich Parteien in einer Demokratie nach den Präferenzen des Medianwählers richten, um an die Macht zu kommen. Für die gedankliche Konstruktion des Medianwählers werden zunächst die Präferenzen der Wähler auf einem Kontinuum abgetragen. Die Wahrscheinlichkeit, die Wahl zu gewinnen, ist nun wegen der angenommenen Normalverteilung der Präferenzen genau bei dem Wähler, der den Median der Wahlbevölkerung darstellt, am höchsten. Grundsätzlich kann man daher davon ausgehen, daß alle Parteien ihre Partei- und Politikprogramme an den Präferenzen dieses Medianwählers ausrichten (vgl. Schulze 2000: 28; 57; 77).

---

[18] Hier besteht zusätzlich noch ein Informationsproblem: Welche Akteure sind überhaupt informiert über ein kompliziertes Thema wie die Folgen von Kapitalverkehrskontrollen? In dieser Arbeit interessiert jedoch vor allem, wer sich in dieser polit-ökonomischen Frage faktisch durchsetzt.

2.2 Systemische Ansätze

Systemische Ansätze über Kapitalverkehrskontrollen gehen davon aus, daß die Wirtschaftpolitik eines Landes das Resultat vor allem exogener Einflüsse auf den Staat darstellt. Dafür gibt es durchaus prominente Beispiele: Das Bretton-Woods-System verpflichtete zum Beispiel die Zentralbanken der Mitgliedsstaaten, ihre Währungen innerhalb der vorgeschriebenen Bandbreiten zu verteidigen.

Eine diesbezügliche Regelung liegt für den internationalen Kapitalverkehr allerdings nicht vor. Jede Regierung kann gemäß den „Articles of Agreement“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) den Kapitalverkehr nach Gutdünken beschränken, solange dies nicht Zahlungen für laufende Handelstransaktionen betrifft (Leblang 1997: 436f.).

Der 1961 erschienene „Code of Liberalization of Capital Movements“ war ein international ausgehandelter Versuch, Kapitalverkehrskontrollen allmählich zu beseitigen., er sah aber vor, diese zur Verteidigung nationaler Sicherheitsinteressen zuzulassen (ebda.: 437).

Systemische Theorien stellen nun eine Reihe von Faktoren in den Vordergrund, die die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen von außen mutmaßlich bestimmen.

Den ersten Faktor stellen die Kosten dar, die sich durch die Kapitalverkehrskontrollen in einem Land ergeben. Die fortschreitende Integration des internationalen Kapitalmarkts würde die Kosten der Staaten erhöhen, eine gegenüber der Welt divergierende Geldpolitik zu betreiben (Andrews 1994: 203). Die Reduzierung von Kapitalverkehrskontrollen wird in diesem Zusammenhang auch als Antwort auf das schnelle Wachstum von internationalen Kapitaltransfers interpretiert (Leblang 1997: 438). Die daraus entstehende Hypothese würde also lauten: Je größer die Integration des internationalen Finanzmarktes, desto geringer sind die Kapitalverkehrskontrollen in einem Staat.

Ein anderes Argument betrifft die Integration in den internationalen Handel. Von nationalen Unternehmen, multinationalen Unternehmen und internationalen Finanzinstituten würde ein Druck auf die Regierungen ausgeübt, der zum Abbau der Kapitalverkehrskontrollen führte (ebda.: 438). Die daraus abzuleitende Hypothese wäre: Je intensiver der Welthandel, desto weniger Kapitalverkehrskontrollen.

Empirisch scheinen diese Hypothesen für die Entwicklungsländer nur wenig Bestätigung zu finden. Hohe Niveaus der Kapitalverkehrskontrollen erhalten sich in vielen Staaten, trotz vermehrter Einbindung in den Welthandel und der Verfügbarkeit internationalen Kapitals. Die empirisch wenig gestützten Prognosen der systemischen Theorien liegen möglicherweise in der Tatsache begründet, daß diese meist den Staat als einheitlichen Akteur definieren und als Hauptdeterminante einen lediglich dichotomen Antagonismus zwischen Staat und Staatenumwelt annehmen. Es wird als weniger wichtig erachtet, die Machtrelationen im Innern des Staates zu analysieren, und man übergeht auch die begründete Annahme, daß Politiker in einem eigenen Interesse handeln und nicht primär das Staatswohl als Leitmotiv verfolgen.

2.3 Subsystemische Ansätze

Diese Ansätze können unter dem Stichwort „domestic politics approach“ zusammengefaßt werden, da sie die Ursachen der Politik einer Regierung im Machtspiel innenpolitischer Akteure suchen. Unterstützung für die Annahme, daß subsystemische Faktoren die Hauptfaktoren von Kapitalverkehrskontrollen sind, findet man in einem Teil der Literatur, der Kapitalmarktliberalisierungen als innenpolitische Distributiv-Konflikte diskutiert. Bei Alesina und Drazen (1991) geht es beispielsweise um Gründe für Reformverzögerungen. Die Autoren stellen einen Zermürbungskrieg („war of attrition“) zwischen nationalen sozio-ökonomischen Gruppen fest. Eine Reform erfolge erst dann, wenn eine der Gruppen nachgibt, d. h. wenn diese glaubt, daß die Kosten einer weiteren Verschleppung der Reform für sie höher sind als das Warten auf ein Nachgeben der gegnerischen Gruppe. Je ungleichmäßiger die Kosten einer Reform verteilt sind, was die Autoren als Polarisierung konzeptualisieren, desto länger wird eine Reform aufgeschoben (ebda.: S.78).[19]

[19] Ähnlich auch George Tsebelis in seiner Analyse institutioneller Vetospieler, die Politikreformen verhindern können: Je inkongruenter die Vetospieler, d. h. je weiter die Interessen der Vetospieler auseinanderklaffen, desto kleiner ist das Potential für Politikreformen, da die Vetospieler ihr Vetorecht einsetzen werden. Man kann annehmen, daß die Interessen weit auseinanderklaffen, wenn die Kosten einer Maßnahme ungleich verteilt sind

Ähnlich Dani Rodrik: Auch Maßnahmen, die für die Gesamtwirtschaft als positiv erkannt werden, sind wegen der unterschiedlichen Verteilungen der Kosten umstritten und Reformen werde deshalb erfolgreich widerstanden (Rodrik 96: 9).

In dieser Arbeit sollen keine Vermutungen darüber angestellt werden, inwieweit Kapitalverkehrskontrollen sinnvoll sind, oder inwiefern Politikreformen durchgesetzt werden können. Es soll lediglich gezeigt werden, daß Kapitalverkehrskontrollen eine distributive Wirkung haben und folglich hinsichtlich der Verteilung der Kosten analysiert und die sich daraus ergebenden Präferenzen der Akteure näher beleuchtet werden müssen, um letztlich Hypothesen über den Zusammenhang zwischen politischen Akteuren und die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen in einem Staat aufstellen zu können.

Im folgenden werden Ansätze aus der Literatur diskutiert, die sich mit den innenpolitischen Faktoren beschäftigen, um letztlich die in dieser Arbeit in einem eigenen Modell zu prüfenden Hypothesen herauszuarbeiten.

2.3.1 Quinn und Inclán (1997)

Dennis P. Quinn und Carla Inclán untersuchten 1997 in einer Panelstudie 21 OECD-Staaten zwischen 1950 und 1988. Sie maßen den Einfluß subsystemischer Faktoren auf die Höhe außenwirtschaftlicher Offenheit. Als erklärende Variablen betrachteten sie die Parteienzugehörigkeit der Regierung, politisch-institutionelle Merkmale und makroökonomische Faktoren.

Die Autoren gehen davon aus, daß eine Liberalisierung der Kapitalmarkts von der jeweiligen Regierung vorher beschlossen und somit als wünschenswert angesehen wird. Um Hypothesen darüber generieren zu können, welche politischen Gruppen und Parteien zu mehr Kapitalmarktoffenheit führen, versuchen die Autoren als erstes zu identifizieren, welches die Vor- und Nachteile der Kapitalmarktoffenheit sind.

(Tsebelis 1995: 293). Damit zeigt sich auch hier die große Bedeutung von Distributivwirkungen gesetzlicher Maßnahmen.

Grundsätzlich führe Kapitalmarktoffenheit zu mehr Wirtschaftswachstum, da hierdurch primär die Ressourcenallokation der Wirtschaftssubjekte verbessert werde.[20] Kapitalmarktoffenheit erscheint also grundsätzlich als ein makroökonomisches Ziel (Quinn und Inclán 1997: 772); dies zudem, weil die Investitionen nicht mehr von der nationalen Sparrate abhängig sind (ebda.: 773). Auf der anderen Seite kann Kapitalmarktoffenheit aber auch zu einer Verringerung der Einnahmen führen, da durch den schnellen Kapitalzu- und -abfluß die Währung unter Druck geraten kann, und die Unsicherheit über die wirtschaftliche Stabilität zu verminderten Investitionen, letztlich also wiederum zu Wachstumsrückgang führen mag (ebda.). Die Vorteile einer Kapitalmarktliberalisierung seien also eher langfristig vorhanden, die Volatilität der Kapitalmärkte bedrohten den Staat aber kurzfristig. Überdies ergeben sich außer den makroökonomischen Kosten auch politische Kosten. Kapital- und Einkommenssteuern können durch eine hohe Finanzmobilität umgangen werden und so die nationale Souveränität hinsichtlich makroökonomischer Politik untergraben werden (ebda.). In der Literatur gibt es jedoch keine einstimmige Analyse bezüglich der Wünschbarkeit von Kapitalmarktoffenheit, und daher versuchen die Autoren, alternative Hypothesen zu bilden und deren empirische Relevanz quantitativ messen.

Die ersten Hypothesen beschäftigen sich mit dem Einfluß der Parteienzugehörigkeit der Regierungen auf den Grad wirtschaftlicher Offenheit.

Parteien beziehen ihre Unterstützung aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Deshalb kann man davon ausgehen, daß die Parteien auch verschiedene Politiken durchsetzen, wenn sie die Regierungsmehrheit haben, um den Präferenzen der gesellschaftlichen Gruppen Rechnung zu tragen. Wenig begüterte soziale Schichten beispielsweise profitieren mehr von Sozialausgaben als reichere.

---

[20] Quinn findet in einer weiteren quantitativen Studie Unterstützung für diese Annahme (Quinn 1997: 537).

Garrett und Lange (1991) etwa stehen für ein Beispiel aus der Literatur, in der quantitativ gezeigt werden konnte, daß Linksparteien eine andere Wirtschaftspolitik verfolgen als Rechtsparteien.[21]

Diese Argumentation folgt die Überlegung, daß Parteien die Wünsche ihrer Wählerschaft antizipieren und entsprechend handeln. Ein anderer in der Politikwissenschaft üblicher Ansatz geht von der direkten Einflußnahme durch Interessengruppen aus. Es stellt sich hier die Frage, ob Interessengruppen einen den Kosten für die Mobilisierung entsprechenden Nutzen haben, um in Fragen der Finanzmarktliberalisierung Druck auf die Regierung auszuüben. Diese Überlegung ist der oben erwähnten „Logik des kollektiven Handelns“ entliehen. Demnach lohnt es sich generell eher für kleinere Gruppen, ein kollektives Gut (hier: Schaffung oder Reduzierung von Kapitalverkehrskontrollen, je nach Präferenz der Gruppe) zu verlangen, da der erzielte Nutzen eines Erfolgs auf weniger Akteure aufgeteilt wird.

Quinn und Inclán verfeinern diesen Ansatz und nehmen an, daß verschiedene Staaten nicht die gleichen makroökonomischen Voraussetzungen haben und somit das Zusammenspiel zwischen Parteienzugehörigkeit und wirtschaftlichen Faktoren betrachtet werden muß. Gemäß dem Stolper-Samuelson-Theorem, nach dem eine wirtschaftliche Abschottung die Besitzer der Faktoren begünstigt, welche im eigenen Land knapper sind als in anderen Ländern, wenden die Autoren diese Überlegung auf die Kapitalströme an (Quinn und Inclán: 775). Es wird angenommen, daß nationale Faktorpreise sich bei freiem Kapitalverkehr den internationalen Faktorpreisen anpassen. Diejenigen also, deren Einkommen fällt, wenn sich Faktorpreise angleichen, werden Kapitalverkehrsliberalisierungen zu verhindern suchen. Umgekehrt werden sich die, deren Einkommen hierdurch steigen, für Kapitalverkehrsoffenheit einsetzen. Diesen Effekt nennen die Autoren „partisan relative price effect“ (ebda.: 776).

Eine Kapitalmarktliberalisierung würde demnach in Staaten mit hochqualifizierten Arbeitskräften und relativ schwacher Kapitalausstattung den ersteren zugute kommen, da ausländische Unternehmen mit den inländischen um diese Arbeitskräfte konkurrieren könnten

---

[21] Garrett und Lange finden quantitative Unterstützung für die These, daß Linksparteien auch im Zeitalter der „Globalisierung“ höhere Sozialausgaben als andere Parteien durchsetzen.

und damit deren Löhne steigen würden (ebda.). Im Zuge dieser Lohnerhöhungen sagen Quinn und Inclán auch eine graduelle Lohnerhöhung für unqualifizierte Arbeitskräfte durch deren allmähliche Qualifizierung und Produktivitätserhöhung voraus (ebda.: 777). Folglich treten Rechtsparteien in Staaten mit einer relativ starken Ausstattung an qualifizierten Arbeitskräften gegen eine Kapitalmarktliberalisierung ein, da sie andernfalls ihrer kapitalbesitzenden Wählerschaft nur einen verminderten „Return of Investment“ ermöglichen können.[22] Linksparteien dagegen profitieren in einer solchen Situation von einer Kapitalmarktliberalisierung, da diese mittelbar auch allen anderen Arbeitskräften höhere Löhne verspricht. Hieraus entwickeln Quinn und Inclán eine Hypothese mit einer Interaktionsvariable „Labor-Capital“ (qualifizierte Arbeitskräfte x Parteienzugehörigeit):

In Staaten mit hochqualifizierten Arbeitskräften treten Rechtsparteien gegen eine Liberalisierung des Kapitalmarkts ein, Linksparteien dagegen sind dafür.[23]

Quinn und Inclán diskutieren aber auch einen gegenläufigen Effekt, der das Zusammenspiel zwischen Parteienideologie und Verteilung betrifft: den „partisan macropolicy effect“ (ebda.: 779). Stehen Linksparteien generell für mehr Sozialausgaben (siehe Garrett und Lange 1995), so müssen sie verhindern, daß Kapitalbesitzer durch Kapitalmarktoffenheit ihr Kapital vor einer Besteuerung und damit Umverteilung ins Ausland retten. Folglich erlassen Linksparteien mehr Kapitalverkehrskontrollen als Rechtsparteien. Letztere dagegen vertreten mutmaßlich die Interessen des Kapitals und liberalisieren eher den Kapitalmarkt, auch um die Inflationsgefahr zu vermindern (Quinn und Inclán: 779). Diese gegenläufigen Hypothesen sind nach Quinn und Inclán in verschiedenen Zeiträumen maßgeblich. In einer Periode, in der es große Einkommensunterschiede in der Welt gibt, setze sich der erstgenannte Mechanismus durch, in moderneren Zeiten hoher Sozialausgaben beanspruche eher die letzte Hypothese Geltung (ebda.: 779).

---

[22] Eine Ausnahme in diesem Argument bilden lediglich die multinationalen Unternehmen eines Staates, die generell gegen Kapitalverkehrskontrollen sind, da diese ihre Handlungsautonomie beschränken (ebda.: 777).

[23] Die Aufzählung der Hypothesen von Quinn und Inclán ist nicht komplett. Es wurden hier nur solche Hypothesen mit den jeweiligen Argumentationen angeführt, die für die vorliegende Arbeit wichtig erschienen.

Zentrumsparteien präferieren generell eine Kapitalmarktliberalisierung, da sie eine große Anzahl von Wählern für die (mutmaßlich) langfristig positiven Konsequenzen einer Kapitalmarktliberalisierung gewinnen können, ohne in ideologische Konflikte mit den übrigen Stammwählern (konfessionelle und ethnische Gruppen) zu geraten (Quinn und Inclán 97: 781).

Makroökonomische Ergebnisse lassen sich in komparativen Länderstudien häufig auch durch die unterschiedliche Staatsform erklären. Die Art der industriellen Organisation, die Beziehungen zwischen der Regierung und der Industrie, sind nur einige institutionelle Beispiele, die als strukturelle Merkmale zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können (ebda.: 782).

Quinn und Inclán unterscheiden in ihrer Arbeit zwischen korporatistischen, etatistischen, liberalen und syndikalistischen Ökonomien.

Etatistische (Japan) und syndikalistische Staaten (Griechenland, Spanien) greifen planend und verwaltend in die industrielle Struktur der Ökonomie ein. Sie verwenden Kapitalverkehrskontrollen, um Investoren davon abzuhalten, ihr Kapital gewinnbringend ins Ausland zu transferieren.

Liberale Ökonomien (GB, USA) fördern als Wirtschaftspolitik eher die Konkurrenz der Wirtschaft, Kapitalmarktoffenheit fördert dieses Ziel. Korporatistische Staaten sind nach Quinn und Inclán nicht eindeutig zuzuordnen, tendenziell liberalisieren sie aber den Kapitalmarkt (ebda.: 783).

Einer Studie von Powell und Whitten (1993) zufolge beurteilen die Wähler ihre Regierung bei Wahlen nach dem Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik vor allem dann, wenn die Regierung durch die jeweilige institutionelle Ausgestaltung die Möglichkeiten zu einer durchgreifenden Wirtschaftspolitik haben. Aus diesem Grund haben solche Regierungen einen stärkeren Anreiz zu einer wirksamen Wirtschaftspolitik. Viele institutionelle Faktoren definieren die Verantwortlichkeit einer Regierung, wobei zwei für die Liberalisierung der Kapitalmärkte besonders wichtig sind: die Existenz einer unabhängigen Zentralbank und eines Mehrheitswahlsystems.

Eine unabhängige Zentralbank hindert die Regierung daran, eine politisch induzierte monetäre Politik zu betreiben, d. h. beispielsweise den Zinssatz zu verringern, um Wirtschaftswachstum zu induzieren. Ein Grund für Kapitalverkehrskontrollen ist aber gerade, durch eine modifizierte Geldpolitik gewünschte ökonomische Ergebnisse zu erzielen. Durch eine unabhängige Zentralbank wird also ein Grund für Kapitalverkehrskontrollen beseitigt (ebda.: 785).[24]

Ein reines Majoritätssystem führt zu Einparteien-Regierungen. Solche handlungsfähigen Regierungen werden von den Wählern eher durch die erzielten Erfolge beurteilt als Regierungen, die in Mehrparteienkoalitionen eingebunden sind und die eigenen Vorstellungen naturgemäß nicht so leicht umsetzen können. Da Einparteien-Regierungen also strenger an ihren sichtbaren Erfolgen gemessen werden, greifen sie eher zu Kapitalverkehrskontrollen, da diese für kurzfristige Wachstumsprogramme als flankierende Maßnahmen erforderlich sind.

Die allmähliche Reduzierung der Kapitalverkehrskontrollen ist ein empirisch zu beobachtender Trend in den letzten Jahrzehnten. Welche weiteren Faktoren könnten für diesen Trend verantwortlich sein? Es ist denkbar, daß dieser Entwicklung nicht beobachtbare Ursachen zugrunde liegen wie eine Veränderung ökonomischer Ideologien, Technologiewandel und andere (Quinn und Inclán: 786).

Jedoch identifizieren die Autoren weitere mögliche Determinanten von Kapitalverkehrskontrollen: Ein Rückgang der Staatseinnahmen kann beispielsweise dazu führen, daß wegen mutmaßlicher Kapitalflucht Kapitalverkehrskontrollen gefordert werden. Auch ein Rückgang der privatwirtschaftlichen Investitionen und der Beschäftigung können dazu führen, daß Kapitalverkehrskontrollen verstärkt werden. In diesem Zusammenhang ist denkbar, daß Linksparteien vor allem auf den Rückgang der Beschäftigung, Rechtsparteien eher auf den Rückgang der Investitionen reagieren. Eine Interaktionswirkung von Parteienzugehörigkeit der Regierung und der Art der wirtschaftlichen Probleme ist also zu erwarten (ebda.: 787).

---

[24] Der dahinter stehenden Theorie liegt das „Mundell-Fleming Impossibility Triangle“ zugrunde, eine Erklärung ist unter 2.3.2 zu finden.

Das Wachstum der internationalen Finanzmärkte (vor allem der Offshore-Märkte) kann auch dazu führen, daß Regierungen nicht mehr die Kontrolle über die Finanzströme besitzen, da Kapitalverkehrskontrollen zunehmend leichter umgangen werden können. Damit fällt ein Anreiz für die Beibehaltung der Kapitalverkehrskontrollen weg und man könnte die Reduzierung der Kapitalverkehrskontrollen annehmen (ebda).

Die empirische Überprüfung bestätigte die meisten der postulierten Zusammenhänge. Linksregierungen führten mehr Kapitalverkehrskontrollen ein als Rechtsregierungen, es sei denn, es waren qualifizierte Arbeitskräfte relativ stark vertreten. Rechtsregierungen hatten einen offeneren Kapitalmarkt, es sei denn, der heimische Markt war nicht internationaler Konkurrenz ausgesetzt.[25]

Die Variable bezüglich der Zentrumsparteien stand der im Modell theoretisierten Richtung entgegengesetzt. Die Ergebnisse bezüglich der Wirtschaftsverfassung waren nicht eindeutig, die Autoren führen dies auf eine zu ungenaue Kategorisierung der Staaten zurück. Beide Indikatoren bezüglich der Zentralbank und der Majoritätsverfassung zeigten die vorhergesagte Richtung und waren signifikant. Die Kontrollvariablen bezüglich der wirtschaftlichen Lage waren inkonsistent.

Es ergaben sich unterschiedliche Ergebnisse vor und nach 1980. Nach diesem Datum waren fast alle Variablen nicht mehr signifikant. Die Autoren führen dies darauf zurück, daß die meisten Staaten zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend ihre Kapitalmärkte liberalisiert hatten und die Differenzen der Liberalisierungsniveaus zwischen den Staaten weitgehend aufgehoben waren.

Weitere Tests, in denen der Ländersample nach Arten der wirtschaftlichen Verfassung (korporatistische, syndikalistische usw.) aufgeteilt wurde, zeigten, daß sich diese Gruppen

---

[25] Ähnlich Garrett in seiner Studie, in der die Abwesenheit von Kapitalverkehrskontrollen mit der Höhe der Staatsausgaben negativ korreliert war (Garrett 1995). Quinn kam jedoch in einer anderen Studie zu dem Ergebnis, daß gerade Staaten mit einer hohen Unternehmensbesteuerung sowie ausgeprägtem Wohlfahrtssystem einen deregulierten Finanzmarkt hatten. Dies suggeriert, daß eine hohe Besteuerung nicht unbedingt zu einer bedeutenden Kapitalflucht ins Ausland führen muß (Quinn 1997: 533).

deutlich in der Richtung und der Signifikanz der Ergebnisse unterschieden. Daraus folgerten Quinn und Inclán, daß eine Zusammenlegung der 21 OECD-Staaten nicht angemessen sei.[26]

Die Ergebnisse von Quinn und Inclán zeigen also deutlich, daß die Parteienzugehörigkeit im Parlament bzw. in der Regierung und die ökonomische Struktur eines Staates, vor allem in der Interaktion beider Faktoren, einen signifikanten Einfluß auf die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen hat.

Andere Autoren bestätigen diese Resultate zum größten Teil. Epstein und Schor (1992) kommen zum Schluß, daß Linksparteien mehr Kapitalverkehrskontrollen durchsetzen und daß eine unabhängige Zentralbank zu mehr Kapitalmarktoffenheit führt. Alesina et al. (1994) bestätigen die Zentralbank-These und eine Variante der zweiten These der politischen Verantwortlichkeit, nämlich daß eine starke Mehrheit im Parlament zu mehr Kapitalverkehrskontrollen führt.

2.3.2 Leblang (1997)

Die Studie von Leblang untersuchte 20 OECD- und 71 Nicht-OECD-Staaten zwischen 1967 und 1992. Leblang sieht Kapitalverkehrskontrollen als ein wirtschaftspolitisches Instrument einer Regierung, um einen festen Wechselkurs und eine unabhängige Geldpolitik zu erhalten, d. h. die Möglichkeit, einen Zinssatz zu ermöglichen, der vom Weltmarktzins abweicht (Leblang 1997: 436). Das herkömmliche Argument für diese Annahme ist das Mundell-Fleming-Modell einer kleinen offenen Ökonomie. Es postuliert, daß eine Regierung immer nur zwei von drei wirtschaftspolitischen Zielen auf einmal erreichen kann: Sie muß sich entscheiden zwischen einem stabilen Wechselkurs, einer unabhängigen Geldpolitik und einer

---

[26] Eine Analyse der Wirtschaftsverfassung der in dieser Arbeit analysierten 89 Entwicklungsländer hätte den Rahmen einer Diplomarbeit gesprengt. Somit konnten keine Untergruppen gebildet und auf verschiedene Ergebnisse je nach Gruppe analysiert werden. Die diesbezügliche Erkenntnis von Quinn und Inclán wird aber bei der Diskussion der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit im Rahmen der Stichhaltigkeit der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Es liegt nahe, daß eine undifferenzierte Betrachtung aller 89 Staaten in einem Sample zu Fehlschlüssen führt (siehe Schlußbetrachtung).

perfekten Kapitalmobilität (ebda.: 440). Um beispielsweise Wirtschaftswachstum zu induzieren, wird eine Regierung den Zinssatz verringern und dadurch die Geldmenge erhöhen. Ist der Wechselkurs aber fix und die Kapitalmobilität hoch, dann wird ein Teil des Kapitals das Land wegen der höheren Zinserlöse im Ausland verlassen.

Letzten Endes würde sich dadurch die Geldmenge nicht verändern. In einer solchen Situation kann eine Regierung sinnvoll Kapitalverkehrskontrollen erlassen. Diese verhindern den Kapitalfluß zwischen dem In- und Ausland zwar nicht vollständig, verringern ihn aber deutlich (ebda.: 440).

Ähnlicher Auffassung sind Alesina et al. (1994), denen zufolge Kapitalverkehrskontrollen drei Ziele ermöglichen: Erstens limitieren sie kurzfristige Kapitalbewegungen und stabilisieren so den Wechselkurs. Zweitens ermöglichen sie den störungsfreien Verlauf von nationalen Stabilisierungsprogrammen und verbessern die ökonomischen Daten in einer Zahlungsbilanzkrise. Drittens erhalten sie das zu versteuernde Kapital im Land.

Leblang erwartet also folgende Zusammenhänge: Staaten mit fixen Wechselkursen und knappen Devisen erlassen mehr Kapitalverkehrskontrollen als andere Staaten. Je stärker jedoch die internationale Finanzverflechtung ausgeprägt oder je reicher das Land ist, desto weniger Kapitalverkehrskontrollen werden erlassen.

Leblangs Ansatz ist demnach ein ökonomisch-technischer. Er verbindet eine systemische und mehrere subsystemische Hypothesen zu einem Modell, das man als ökonomisch-funktionalistisch bezeichnen könnte. Eine genaue Betrachtung der innenpolitischen Prozesse nimmt er nicht vor. Die Instanz, die er untersucht, ist die einer unitarischen Regierung: Kapitalverkehrskontrollen nützen einer Regierung, weil diese erstens die Staatsverbindlichkeiten niedriger verzinsen kann als mit dem sonst üblichen Weltmarktzins, und weil sich zweitens die Steuerbasis erhöht. Daraus ergeben sich deutliche Verbesserungen für das Staatsbudget. Ein dritter Vorteil liegt in der Möglichkeit indirekter Distribution: Kapitalverkehrskontrollen sind eine Art indirekter Steuern, da sie ermöglichen, das einheimische Kapital höher zu besteuern als auf internationalem Niveau.

2.3.3 Schulze (2000)

Gemäß der klassischen Ökonomie geht Schulze davon aus, daß ein freier Kapitalverkehr die Wohlfahrt aller beteiligten Staaten generell steigert (Schulze 2000: 9). Das gilt vor allem für die ökonomische „Ideal-Welt“, d. h. für eine Welt, in der es keine Externalitäten, Marktungleichgewichte oder politisch induzierte Verzerrungen wie politische Krisensituationen usw. gibt (ebda.: 23). Offensichtlich existiert diese Idealwelt aber nicht real. Die Abweichungen zwischen ökonomischer Ideal- und Realwelt erklären nach Schulze aber noch nicht das hohe Maß an Kapitalverkehrskontrollen, das vor allem in den Entwicklungsländern anzutreffen ist.

In seinem Ansatz trifft er ähnlich wie Leblang die Annahme, daß Kapitalverkehrskontrollen nützliche Instrumente in den Händen der Regierung sind, die verschiedene Ziele verfolgt. Seine Analyse hat allerdings eine tiefere mikroökonomische Fundierung als Leblang. Schulze geht von den oben skizzierten Annahmen des rationalen Nutzenmaximierers auf der politischen Bühne aus. Normative und funktionale Überlegungen über den gesamtwirtschaftlichen Nutzen von Kapitalverkehrskontrollen, wie sie von anderen Autoren angestellt werden, sind in diesem Ansatz irrelevant, da die Regierenden definitionsgemäß primär das eigene Wohl und nicht das des Staates im Auge haben (ebda.: 24). Schulze definiert die Präferenzen der relevanten innenpolitischen Akteure in einem Staat und erklärt so die Entstehung von Kapitalverkehrskontrollen. Das primäre Ziel der Regierung ist auch für Schulze der Machterhalt.

Schulze verfolgt vor allem einen polit-ökonomischen Ansatz. Er sucht die Gründe für Kapitalverkehrskontrollen folglich bei den Entscheidungsträgern, den Politikern. Er identifiziert zwei von der Regierung gewünschte Folgen von Kapitalverkehrskontrollen: eine Einkommen generierende und eine Distributiv-Funktion (ebda.: 3). Das Staatsbudget wird vermehrt, da Kapitalverkehrskontrollen der Kapitalflucht Grenzen setzen und die steuerfähige

Basis erhöhen.[27] Eine distributive Funktion ergibt sich dadurch, daß das zusätzliche Einkommen anderen Zwecken oder sozialen Transfers zur Verfügung steht.

Zusätzlich gibt es eine weitere makroökonomische Folge: Kapitalverkehrskontrollen verändern das Faktorpreisverhältnis Arbeit-Kapital. Ceteris paribus sinkt durch vermehrte Kapitalzuflüsse die Kapitalproduktivität und steigt die Produktivität des Faktors Arbeit.[28]

Von Kapitalimportkontrollen profitieren also Kapitalbesitzer, von Kapitalexportkontrollen die Arbeitenden (ebda.: 49). Dieses Faktorpreisverhältnis wird nun durch Kapitalverkehrskontrollen so modelliert, daß sich daraus eine maximale politische Unterstützung der adressierten gesellschaftlichen Gruppen ergibt (ebda.: 3).

Politiker mögen unterschiedliche Interessen verfolgen: Prestige, Einkommen, Zufriedenheit, die eigenen Vorstellungen in Politik umzusetzen, aber das primäre Ziel ist es, im Amt zu verbleiben. Das gilt für Demokratien wie für Autokratien. Der Unterschied liegt lediglich in den unterschiedlichen Restriktionen, denen die Politiker ausgesetzt sind. Der Autokrat fürchtet den Staatsstreich, der Demokrat die turnusmäßige Abwahl. Eine Regierung handelt immer unter zwei Restriktionen:

1. Die Regierung ist abhängig von der Bürokratie („administrative constraint"; ebda.: 29), denn diese setzt die Politik um. Die Bürokratie ist eine machtvolle Gruppe: Sie besitzt ein genaues Fachwissen über die verwaltungstechnischen Bereiche und regelt teilweise den Informationsfluß zur Bevölkerung und zur Regierung. Außerdem vertritt sie eigene Interessen, z. B. durch die Vergrößerung des eigenen Budgets und des Bürokratenstabs.[29]

---

[27] Eine hohe Kapitalmobilität würde durch den internationalen Steuerwettbewerb die Steuerbasis des Staats verringern (Schulze 2000: 34).

[28] Restriktionen der Kapitalmobilität ändern die Faktorproduktivitäten durch Veränderung der Nachfrage nach den Faktoren.

[29] Diese Erkenntnis ist durch den sogenannten Principal-Agent-Ansatz treffend beschrieben, der thematisiert, daß ein Auftraggeber nie den vollständigen Überblick über alle Handlungen und Ziele der Auftragnehmer hat. Auch letzterer ist ein Nutzenmaximierer und so vertritt auch er eigene Interessen, die den Interessen seines

2. Budget-Restriktion: die Regierung setzt ihre Mittel redistributiv ein, um politische Unterstützung zu generieren. Diese Mittel sind begrenzt. Kapitalverkehrskontrollen können den Spielraum allerdings erweitern.

Diese Redistribution vollzieht die Regierung sowohl auf direktem Wege, d. h. durch Transfers, Steuergesetze usw., als auch durch indirekte Umverteilungen aufgrund Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: durch Importquoten, Mindestlöhne und nicht zuletzt durch Einkommensverteilung, die durch veränderte Faktorproduktivitäten entsteht (ebda.: 31).

Dem Beamtenapparat hat Schulze eine besondere Bedeutung als Determinante für die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen beigemessen. Er nimmt an, daß die Beamten generell hohe Kapitalverkehrskontrollen präferieren, da diese das Budget und den Mitarbeiterstab vergrößern und den Beamten mittelbar ein höheres Prestige sowie höhere Gehälter durch verbesserte Aufstiegschancen ermöglichen.[30]

Der Ansatz von Schulze scheint besonders für die Analyse von Entwicklungsländern geeignet: Einmal sind hier die Kapitalverkehrskontrollen tatsächlich nach wie vor hoch. Entwicklungsländer haben zudem oft ein ineffizientes Steuersystem, was den Vorteil der Budget gestaltenden Kapitalverkehrskontrollen verstärkt. Zudem vermehren Entwicklungsländer häufig bei hoher Staatsverschuldung die inländische Geldmenge und vergrößern dadurch die Flucht in andere Währungen (ebda.: 42). Für diese Annahme sprechen auch die höheren Inflationsraten in Staaten mit hohen Kapitalverkehrskontrollen, da das

---

Auftraggebers entgegenstehen können. Nichts anderes hat bereits Max Weber in seinen klassischen Ausführungen über die Macht des Beamtentums beschrieben (Weber 1972: 572).

[30] Eine weitere Hypothese, die in dieser Arbeit nicht Gegenstand ist, wäre ein vermuteter Zusammenhang zwischen Kapitalverkehrskontrollen und Korruption. Kapitalverkehrskontrollen generieren Monopolsituationen in den Bereichen, in denen Transaktionen erlaubt sind. Dies verleiht der Bürokratie Macht, und so steigt vor allem in Entwicklungsländern die Korruption.

Kapital dort nicht so leicht fliehen kann (ebda.: 43). Zudem sinkt der inländische Zins durch das höhere Geldangebot und der Staat kann durch niedrigere Zinsen die Verbindlichkeiten besser bedienen bzw. sich leichter verschulden (ebda.: 44). Gerade für hoch verschuldete Staaten sind Kapitalverkehrskontrollen deshalb eine willkommene Option.

Ein weiterer Vorteil von Kapitalverkehrskontrollen für die Regierung ist, daß eine Redistribution in Form der oben beschriebenen indirekten Umverteilungen erstens weniger auffällt und weniger Widerstand hervorruft, und zweitens einfacher mit der finanziellen Stabilität und den niedrigen Inlandszinsen vor Kritik verteidigt werden kann (ebda.: 46).

Institutionen sind für Schulze ein weiterer wichtiger Faktor. Je nach institutioneller Ausgestaltung wird das politische Ergebnis unterschiedlich beeinflußt: Das von Schulze besonders analysierte Modell eines Staates ist eine Demokratie mit vollständig informierten Wählern. In einer solchen Konstellation entscheidet der Medianwähler über den Ausgang der Wahl (ebda.: 28). Dahinter steht folgende Überlegung: Wenn man von den oben skizzierten Faktorpreisverschiebungen ausgeht und die Wahlbevölkerung statt in zwei Klassen (Kapitalbesitzer und Arbeiter) gedanklich auf einem Kontinuum abträgt, so kann man annehmen, daß es für jedes Individuum ein optimales Steuer-Transfer-Verhältnis gibt, das seinen Nutzen maximiert. Arbeiter haben einen kleineren Wert und präferieren höhere Kapitalverkehrskontrollen, für Kapitalbesitzer gilt das Gegenteil (ebda.: 101). Bei Abwesenheit von Wählerkosten ist die gewählte Steuerhöhe die optimale Steuer des Medianwählers (ebda.: 57). Daher kann man annehmen, daß in Staaten mit vollständiger Information das Politikergebnis wegen der hohen Zahl der weniger gut verdienenden Arbeiter und Angestellten in Entwicklungsländern hohe Kapitalverkehrskontrollen sein werden. Eine hohe Arbeitslosigkeit verstärkt diesen Effekt vermutlich (ebda.: 101).

Die Annahmen perfekt informierter Wähler in einem Staat mit allgemeinem Wahlrecht sind rein theoretischer Natur. In der Wirklichkeit existiert kein solcher Staat. Vor allem in den Entwicklungsländern hat man es oft mit Autokratien zu tun, so daß das Medianwählertheorem hier nicht generell anwendbar ist.[31] Auf der anderen Seite ist eine Modellierung der

[31] Allerdings ist die Demokratie-Quote im untersuchten Ländersample nicht gering. Eine diesbezügliche Grafik ist im Anhang A zu finden.

Beeinflussung der Regierung durch Interessengruppen theoretisch wenig fundiert, so daß eine Vorhersage wie bei dem Medianwählertheorem nicht möglich erscheint. Die Ursache liegt darin, daß im Rent-Seeking-Ansatz die Wähler ausgeklammert sind und Hypothesen oft nur auf Basis von zwei Interessengruppen entworfen werden (klassisch: Tullock 1967; Schulze 2000: 78). Theorien über Interessengruppen modellieren auch nicht, wie sich die Regierung genau „vereinnahmen“ läßt. Aus diesem Grund werden bei Schulze keine weiteren Hypothesen über politische Systeme und ihre Auswirkungen auf die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen gemacht. Nur wenn die untersuchten Staaten nach dem politischen System geordnet würden, hätte es nach Schulze Sinn, das Medianwählertheorem auf diese Staaten anzuwenden. In den anderen Fällen müßten konkurrierende Ansätze vorgestellt werden, die den weiteren politischen Systemen gerecht werden (ebda.: 77).

3 Theoretisches Modell und Hypothesen

Im folgenden wird ein theoretisches Modell entworfen, das den Zusammenhang zwischen subsystemischen Faktoren und der Höhe der Kapitalverkehrskontrollen in den Entwicklungsländern plausibilisieren soll.

Zwei ursprünglich geplante Hypothesen konnten nicht in das Modell integriert werden, da keine Datensätze beschafft werden konnten, die die notwendigen Informationen über zumindest einen Großteil der genannten Entwicklungsländer im Zeitraum von 1978 bis 1999 führen.[32]

3.1 Darstellung des theoretischen Modells

Das vorliegende Modell versucht mit Hilfe von polit-ökonomischen Variablen die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen zu prognostizieren. Die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen wird dabei durch das Maß Kapitalmarktoffenheit, im statistischen Teil kurz: OPEN, dargestellt.[33] Ein hohes Maß an Kapitalverkehrskontrollen entspricht einer niedrigen Zahl der Offenheit.

---

[32] So konnte weder über Alex Cukierman, Universität Tel Aviv, noch über Steve Webb von der Weltbank ausreichendes Datenmaterial über das Vorliegen unabhängiger Zentralbanken in den untersuchten Entwicklungsländern beschafft werden. Auch die Generierung einer Variable mit dem Anteil qualifizierter Arbeiter in Entwicklungsländern schien zumindest im Rahmen einer Diplomarbeit zu aufwendig.

[33] Eine Übersicht der Faktoren, aus denen das Maß der Kapitalverkehrsoffenheit errechnet wurde, ist im Anhang D aufgeführt.

Formal stellt sich das Modell folgendermaßen dar:

$$
\begin{aligned}
OPEN_{i,t} = ß_o \quad & + ß_1 (LEFT_{i,t}) \\
& + ß_2 (RIGHT_{i,t}) \\
& + ß_3 (CENTER_{i,t}) \\
& + ß_4 (BUREAU_{i,t}) \\
& + ß_5 (RESPON_{i,t}) \\
& + ß_6 (ILO_{i,t}) \\
& + ß_7 (SOZ_{i,t}) \\
& + ß_8 (DEMOCR_{i,t}) \\
& + ß_9 (DEBT_{i,t}) \\
& + ß_{10} (UNEMP_{i,t}) \\
& + ß_{11} (RESERVE_{i,t}) \\
& + ß_{12} (GNPCAP_{i,t}) + e_{i,t} \qquad i = 1, 2, ..., 89; \quad t = 1978, ..., 1999
\end{aligned}
$$

Determinanten der Kapitalverkehrskontrollen

Die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen wird durch die Präferenzen der politischen Hauptakteure in Abhängigkeit von ökonomischen Maßzahlen und zu einem geringen Teil auch von der politischen Struktur des Landes bestimmt.

Kapitalverkehrskontrollen werden von den jeweiligen Regierungen durch Gesetze festgelegt. Die Regierung bzw. die in ihr vertretenen Parteien wollen primär im Amt bleiben, daher setzen sie ein Niveau an Kapitalverkehrskontrollen fest, bei dem sie ein Maximum an politischer Unterstützung erwarten können. Diese Unterstützung ist in Demokratien durch die Wiederwahl gegeben, in Autokratien letztlich durch die Wahrscheinlichkeit, nicht durch einen Staatsstreich abgelöst zu werden. Da Parteien je nach ideologischer Ausrichtung unterschiedliche Wählergruppen (in Demokratien) bzw. Interessengruppen (in Autokratien häufig das Militär) an sich binden wollen, unterscheiden sich ihre Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik. Zu solchen Maßnahmen gehören auch Regulierungen des Kapitalverkehrs.

Kapitalverkehrskontrollen wirken sich zwar langfristig in den meisten Fällen pareto-suboptimal für die Gesellschaft aus, jedoch erfahren Parteien meist durch kurzfristige wirtschaftspolitische Erfolge die gesuchte Unterstützung, so daß die Regulierung der Kapitalverkehrskontrollen als ein Instrument für den Machterhalt fungiert.

Linksparteien vertreten idealtypisch die arbeitende und ärmere Bevölkerung, und unter generellen Bedingungen wirken sich Kapitalverkehrskontrollen zumindest kurzfristig positiv auf diese Gruppen aus. Dies geschieht durch die Immobilisierung und Besteuerung von Kapital, das sonst die Möglichkeit hätte, sich durch den Transfer ins Ausland der Besteuerung zu entziehen. Kapitalverkehrskontrollen schaffen also eine größere Steuerbasis, die zur Umverteilung verwendet werden kann.

Rechtsparteien vertreten eher vermögende Gruppen. Um deren Unterstützung zu erhalten, werden sie folglich weniger Kapitalverkehrskontrollen durchsetzen als Linksparteien, um das private Kapital vor dem Zugriff des Staates zu schützen.

Zentrumsparteien werden aufgrund ihrer sozial-liberalen Ausrichtung einen Mittelweg zwischen den genannten Parteien gehen, sich jedoch vermutlich näher an rechte Positionen annähern.

Die staatliche Bürokratie hat ein eigenes Interesse an einem hohen Niveau an Kapitalverkehrskontrollen. Durch die komplizierte und personell aufwendige Verwaltung und Kontrolle von Kapitalverkehrskontrollen erhalten sie die Möglichkeit, ihr Budget und damit auch ihr Prestige und Einkommen zu erhöhen. Die Beamtenschaft hat zudem durch asymmetrische Information (Spezialwissen, das die Regierung nicht überschauen kann) die Möglichkeit, die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen zu beeinflussen, indem letztere als notwendig erklärt werden. Ein Staat mit einer hohen Staatsquote hat einen großen Beamtenapparat, welcher sich entsprechend gut bei der Regierung durchsetzen kann. Daher kann man erwarten, daß eine hohe Staatsquote zu einem höheren Niveau an Kapitalverkehrskontrollen führt.

Wähler beurteilen handlungsfähige Regierungen mit einem strengeren Maß, weil diese nicht den Kompromissen von Koalitionsregierungen unterliegen und folglich mehr an ihren Erfolgen gemessen werden. Dies hat zur Folge, daß sie vermehrt zum Instrument

Kapitalverkehrskontrollen greifen, da letztere zusätzliche Einnahmen für den Staat generieren, die dann für kurzfristige Programme verwendet werden können.

Gewerkschaften vertreten noch mehr als Linksparteien die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Man kann also bei Vorliegen einer starken Gewerkschaft höhere Kapitalverkehrskontrollen erwarten. Eine hohe Arbeitslosigkeit verstärkt diesen Trend.

Mit dem Medianwählertheorem kann man zeigen, daß unter bestimmten Voraussetzungen sich in Demokratien die Präferenz des Medianwählers durchsetzt. Der Medianwähler gehört in Entwicklungsländern wegen der hohen Zahl materiell armer Menschen zu den weniger begüterten Schichten. Daraus folgt, daß in demokratischen Entwicklungsländern mehr Kapitalverkehrskontrollen anzutreffen sind als in Nicht-Demokratien.

Es hat sich in den OECD-Staaten empirisch gezeigt, daß mit steigendem Wohlstand die Zahl der Kapitalverkehrskontrollen zurückgeht. In wohlhabenderen Staaten fallen vermutlich einige der oben aufgeführten Gründe für Kapitalverkehrskontrollen weg, und somit kann man den gleichen Effekt auch für Entwicklungsländer annehmen, wenn diese stärker in den Welthandel integriert sind und die ausländische Konkurrenz weniger fürchten müssen als ärmere Entwicklungsländer.

Durch Kapitalverkehrskontrollen kann eine Regierung durch die Geldmengensteuerung einen niedrigeren Zinssatz als auf dem Weltmarkt aufrechterhalten. Dadurch wird der Schuldendienst leichter bedienbar. Man kann also vermuten, daß eine hohe Staatsverschuldung und eine knappe Ausstattung an Währungsreserven zu mehr Kapitalverkehrskontrollen führt.

Die erwarteten Zusammenhänge lassen sich durch folgende Tabelle darstellen:

Unabhängige Variable	Erwartete Wirkung auf die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen
Linksregierung	+
Rechtsregierung	–
Zentrumsregierung	–
Stärke der Bürokratie	+
Verantwortlichkeit der Regierung	+
Gewerkschaftsstärke	+
Arbeitslosigkeit	+
Demokratiegrad	+
Staatsverschuldung	+
Währungsreserven	–
Höhe des Bruttoinlandsprodukts	–

3.2 Hypothesen

H_1: Von Linksparteien geführte Regierungen führen zur Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen. Rechts- und Zentrumsparteien als stärkste Regierungsparteien führen dagegen zur Abnahme von Kapitalverkehrskontrollen.

H_2: Je größer die Staatsquote, desto mehr Kapitalverkehrskontrollen werden erlassen.

H_3: Eigenverantwortlich regierende Parteien erlassen mehr Kapitalverkehrskontrollen als Parteien, deren Macht begrenzt ist.

H_4: Starke Gewerkschaften erhöhen die Zahl der Kapitalverkehrskontrollen.

H_5: Je höher die Arbeitslosigkeit, desto mehr Kapitalverkehrskontrollen.

H_6: Ein hoher Demokratisierungsgrad führt zur Reduzierung der Kapitalverkehrskontrollen.

H_7: Eine hohe Staatsverschuldung führt zur Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen.

H_8: Niedrige Währungsreserven führen zur Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen.

H_9: Ein hohes Pro-Kopf-Einkommen führt zur Reduzierung von Kapitalverkehrskontrollen.

Nullhypothese H_0: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Kapitalverkehrskontrollen und den angeführten unabhängigen Variablen.

4 Datensatz

Der vorliegende Datensatz besteht aus 1.481 Beobachtungen über 89 Entwicklungsländer und einen Zeitraum von 22 Jahren (1978-1999).

Dieser Datensatz wurde (mit Ausnahme der ILO-Variable) aus vier publizierten Datensätzen gewonnen: dem neuen CACAO-Datensatz des Lehrstuhls für Internationale Politik der Universität Konstanz, dem Database of Political Institutions, dem Polity IV Datensatz und dem Datensatz World Development Indicators der Weltbank.

CACAO-Datensatz des Lehrstuhls für Internationale Politik der Universität Konstanz

Auf den CACAO-Datensatz wird im folgenden näher eingegangen, weil sowohl die abhängige Variable OPEN als auch die Auswahl des Ländersamples sich daraus ergeben und ausführliche Erläuterung erfordert.[34]

Aus dem CACAO-Datensatz (CACAO = Current And Capital Account Openness) stammt die abhängige Variable CAPITAL, die hier OPEN genannt wird. Der Grund für die Auswahl der 89 Entwicklungsländer und des Zeitraums von 1978 bis 1999 liegt darin, daß mit dem CACAO-Datensatz ein neues Maß der außenwirtschaftlichen Offenheit verwendet werden soll, welches vermutlich eine höhere Validität besitzt als bisherige in der Literatur besprochene Indizes. Darauf wird weiter unten näher eingegangen. Der CACAO-Datensatz umfaßte ursprünglich 90 Staaten, von denen für ein Entwicklungsland keine Daten über die Finanzmarktoffenheit zur Verfügung standen. Auch der gewählte Zeitrahmen wird von dem Datensatz übernommen, um eine möglichst breite Datenbasis zu gewinnen.

[34] Die meisten dieser Angaben stammen aus dem Manuskript der Dissertation von Christian W. Martin, die am genannten Lehrstuhl verfaßt wird.

Die Klassifizierung der Staaten in Entwicklungsländer im CACAO-Datensatz folgt der Definition der Weltbank, nach der ein Entwicklungsland ein Staat ist, dessen Bruttosozialprodukt pro Kopf die Marke 9.655 US-Dollar nicht übersteigt und dieses Land nicht den sogenannten „Transformationsländern“ angehört, die sich aus den ehemalig sozialistischen Staaten Osteuropas rekrutieren.

Die Variable CAPITAL mißt die wirtschaftliche Kapitalverkehrsoffenheit der Entwicklungsstaaten. Sie ist eine Komponente des CACAO-Datensatzes, der aus dem „Annual Report on Exchange Arrangement and Exchange Restrictions” des IWF der Jahrgänge 1979-2000 gebildet wurde. Dieser Report enthält Informationen über staatliche regulative Maßnahmen in die Freiheit von Handels- und Finanzmarkttransaktionen eines jeden Staates. Darin werden Angaben über Wechselkurspraktiken, Handels- und Kapitalverkehrsrestriktionen der Mitgliedsländer des IWF gemacht. Aus ursprünglich 49 Indikatoren aus dem IWF-Report wurden 24 Indikatoren ausgewählt, bei denen die fehlenden Werte (Missing Values) des IWF-Reports möglichst gering waren.

In die Variable CAPITAL gingen 11 Variablen ein. Diese wurden wiederum in 4 Einzelindikatoren geordnet und schließlich zu einem einzigen Index der Kapitalverkehrsoffenheit zusammengefaßt.

Der CACAO-Datensatz wurde im Rahmen des von der VW-Stiftung geförderten Projektes „Außenwirtschaftliche Öffnung und institutionelle Reform in den Entwicklungs- und Transformationsländern“ am Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität Konstanz erstellt. Er bietet zwei Indizes außenwirtschaftlicher Offenheit (Handel und Kapitalmarkt), bei denen versucht wurde, Unzulänglichkeiten anderer auf dem wissenschaftlichen Markt befindlicher Datensätze zu überwinden.

Die vielleicht bekannteste Variable in diesem Zusammenhang ist die Dummy-Variable von Jeffrey Sachs und Andrew Warner (1995), die lediglich zwischen „offenen“ und „geschlossenen“ Systemen unterscheidet. Eine oftmals kritisierte Eigenheit dieser Variable ist der „Bias“ zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten. Offen kann nach dieser Variable per Definition nur ein Staat sein, der nicht als sozialistisch qualifiziert wurde (Sachs/Warner 1995: 22). Demgegenüber wurde im CACAO-Datensatz eine differenziertere Zusammenfassung von Indizes über Kapitalverkehrsoffenheit vorgenommen, die überdies in

einer ordinalen Ausprägung dieser Variablen in 6 Untergruppen vorliegt. Es können also auch quantitativ genauere Ergebnisse durch die Verwendung dieser Variable erwartet werden, da diese feinere Regressionstechniken erlaubt (siehe Kapitel 6.1). Der CACAO-Datensatz besteht aus den beiden Variablen CAPITAL und TRADE. Für die vorliegende Arbeit wird allein die Variable CAPITAL verwendet, TRADE bezieht sich auf die außenwirtschaftliche Handelsoffenheit, die hier nicht untersucht wird.

Der theoretische Ausgangspunkt für die Vorgehensweise, wirtschaftliche Offenheit nach der Zahl und Intensität der regulativen Maßnahmen eines Staates bezüglich des Finanzmarkts zu klassifizieren, ist die Überlegung, daß die außenwirtschaftliche Offenheit das Ergebnis eines polit-ökonomischen Prozesses ist und daß folglich alle Kapitalströme einen staatlich regulativen Hintergrund haben, ohne die sie nicht möglich wären.

Ein weiterer Vorteil der CACAO-Variable ergibt sich aus der Konzeption der vorliegenden Arbeit. Die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen soll vor allem durch innenpolitische Variablen erklärt werden, und in diesem Zusammenhang spielen die Intentionen der Regierungen eine primäre Rolle. Die Messung der regulativen Maßnahmen reflektieren vermutlich besser als jedes andere Offenheits-Konstrukt das Ergebnis der innenpolitischen Distributionskämpfe, die zu unterschiedlichen Niveaus der Kapitalverkehrskontrollen führen. Jede Veränderung dieses Werts reflektiert also direkt die vorher vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen einer Regierung. In jedem Fall scheint diese Modellierung besser zu sein als die herkömmliche Aggregation makroökonomischer Daten oder die Verwendung der dichotomen Sachs/Warner-Dummyvariable.

Die Variable CAPITAL ist eine Variable mit ordinalem Skalenniveau, die von 0 (offen) bis 5 (geschlossen) rangiert. Obwohl der Zeitraum des Datensatzes 22 Jahre seit 1978 umfaßt, lagen bei einigen Staaten nur für wenige Jahre Daten über die Kapitalverkehrsoffenheit vor.

The Database on Political Institutions (DPI)

Dieser Panel-Datensatz der politischen Institutionen wurde von Thorsten Beck, George Clarke, Alberto Groff, Philip Keefer und Patrick Walsh erstellt. Er enthält Daten von 177 Staaten über einen Zeitraum von 1975 bis 1995.

Da die abhängige Variable OPEN der vorliegenden Arbeit bis 1999 vorliegt, fehlen aus dem DPI-Datensatz für die empirische Analyse jeweils die letzten vier Jahre jedes Staates. Der DPI ist dennoch aufgrund seiner umfangreichen Variablenliste eine interessante Datenquelle. Es wurden die folgenden zwei Variablen in den eigenen Datensatz übernommen:

Die Variable lGOVRLC macht Angaben über die ideologische Zuordnung der stärksten Regierungspartei eines Staates. Es wird unterschieden zwischen Links-, Rechts- und Zentrumsparteien und Kategorien, die nicht zuzuordnen sind bzw. wo eine solche Angabe nicht zutreffend ist.

Die zweite Variable, IPCOH, gibt an, ob eine Regierung beide Legislativhäuser allein beherrscht bzw. die Regierungspartei ohne Koalitionspartei regiert. Nähere Angaben werden unter 5.2 bei der Darstellung der unabhängigen Variablen gemacht.

Polity IV Project - Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-1999

Dieser von Monty G. Marshall und Keith Jaggers entwickelte Datensatz aus dem Jahr 2000 umfaßt Daten über das politische System fast aller unabhängigen Staaten und fokussiert den Blick auf die institutionalisierten Formen der Machtverteilung. In der vierten Version wurde aus Gründen der Datenverläßlichkeit unter Verwendung von unterschiedlichen „Codern“ der Datensatz IV mit den früheren Versionen verglichen und eine recht genaue Übereinstimmung festgestellt.[35] Aus diesem Grund scheint dieser Datensatz eine verläßliche Sammlung von Daten über die politische und institutionelle Machtverteilung in den Staaten zu sein.

Aus dem Datensatz wurde die POLITY-Variable übernommen. Sie ist eine Zusammenführung der Variablen DEMOC und AUTOC, die unterschiedliche Charakteristiken von Demokratie und Autokratie additiv messen. AUTOC berücksichtigt beispielsweise Faktoren wie den Wettbewerb um Regierungsposten, das Vorhandensein

[35] Marshall, Monty G. und Keith Jaggers: Polity IV Project. Dataset Users Manual, University of Maryland, December 2000

unbeschränkter Autorität des Regierungschefs u. ä.[36] DEMOC und AUTOC sind demnach nicht die gleiche Variable in inversem Verhältnis (Marshall und Jaggers 2000: 22). Die daraus konstruierte Variable POLITY besitzt folglich auch einen höheren Informationswert als die beiden vorher genannten Variablen. Für die vorliegende Arbeit wurde die POLITY-Variable transformiert, um die Negativwerte zu entfernen, und in die Variable DEMOCR überführt. Diese gibt nun den Demokratiegrad eines Staates mit den Werten 0-20 an, wobei der Wert 20 den höchstmöglichen Demokratiegrad beschreibt.

World Development Indicators 1999

Diese von der Weltbank publizierte CD-ROM enthält über 500 Indikatoren aus den unterschiedlichsten politischen, demografischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bereichen von 210 Staaten der Erde.

Aus dieser Datenbank wurden sieben Variablen gewonnen, die mehrere Wirtschafts- und eine demografische Kennziffer bereitstellen: das Pro-Kopf-Einkommen, die Verschuldungs- und Staatsquote, die Höhe der Arbeitslosigkeit, der Währungsreserven, der Sozialausgaben und der Gesamtbevölkerung.

Datensatz der Ratifikationen von ILO-Konventionen

Von der International Labour Organization (ILO) konnte ein Datensatz mit Angaben über den Beitritt und die Ratifizierung von Konventionen internationaler Standards für die abhängige Lohnarbeit beschafft werden.[37] Dieser Datensatz umfaßt den Zeitraum von 1920 bis 2001.

---

[36] Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Variablen DEMOC und AUTOC im Polity IV Datensatz ist im Anhang E aufgeführt.

[37] Freundlicherweise von Oliver Liang (liang@ilo.org) bereitgestellt

5 Operationalisierung

5.1 Abhängige Variable

OPEN, OPEN2, OPEN3

Die abhängige Variable ist die bereits diskutierte Variable OPEN. Sie mißt den Grad der Kapitalverkehrsoffenheit auf einer Ordinal-Skala von 0 bis 5, wobei 0 die größtmögliche Kapitalverkehrsoffenheit darstellt. Aus statistischen Überlegungen wurden zwei weitere Varianten der abhängigen Variable erstellt: OPEN3, welche die 6 Kategorien von OPEN in 3 Kategorien zusammenfaßt, wobei die Werte 0 und 1 zu 1 zusammengefaßt wurden, 2 und 3 zu 2, und 4 und 5 zu 3. Schließlich wurde OPEN2 erstellt, bei der 0, 1 und 2 zu 0 zusammengefaßt wurden und 3, 4 und 5 zu 1. Die ordinale Variable OPEN wurde hier also zur dichomtomen Variable OPEN2. Hierzu gaben die unterschiedlichen statistischen Verfahren Anlaß. In Kapitel 6.2 werden mit OPEN3 und OPEN2 verschiedene Modelle gerechnet und die Ergebnisse verglichen.

5.2 Unabhängige Variablen

LEFT

Diese Dummy-Variable gibt an, ob eine Linkspartei die Regierungsmehrheit stellt.

Die Variable hat zwei Ausprägungen: 1, wenn eine Linkspartei die stärkste Regierungspartei stellt, ansonsten 0. LEFT umfaßt Parteien, die sich kommunistisch, sozialistisch, sozialdemokratisch oder ähnlich nennen (vgl. Beck et al. 2001: 3).

Diese Daten wurden der Variable lGOVRLC aus dem DPI entnommen. Dort wurden Parteien, die nicht in das Spektrum Links, Rechts und Zentrum eingeordnet werden konnten, als Missing Value definiert. Von den 1.481 Beobachtungen blieben so lediglich 1.201.

RIGHT

RIGHT ist die zweite der Regierungsparteien-Variablen. Sie ist 1 kodiert, wenn eine Rechtspartei die Regierungsmehrheit stellt, ansonsten 0. RIGHT umfaßt Parteien, die sich christlich-sozial oder konservativ nennen.

CENTER

CENTER ist die dritte Parteienvariable. Sie umfaßt Parteien, die nicht in die beiden anderen Gruppen passen und sich in einen sozial-liberalen Kontext stellen.

BUREAU

Diese Variable soll die Größe der staatlichen Bürokratie messen. Der Indikator hierfür ist die Höhe der Staatsquote. Es wird angenommen, daß eine hohe Staatsquote weitreichende verwaltungstechnische Aufgaben impliziert und diese Aufgaben von der staatlichen Bürokratie erledigt werden müssen. Eine hohe Staatsquote sollte also einen großen bürokratischen Apparat bedingen. Ob allerdings ein großer bürokratischer Apparat auch immer eine machtvolle Bürokratie darstellt, kann hier nicht geklärt werden. Diese Variable ist identisch mit der WDI-Variable NECONGOVTZS.

RESPON

Mißt die „Verantwortlichkeit“ der Regierung. In presidentiellen Systemen beschreibt diese Variable, ob eine Partei die Kontrolle über die Exekutive und die Legislative besitzt. In parlamentarischen Systemen zeigt sie an, ob eine Partei allein regiert oder in einer Koalition. Die ursprüngliche Variable ist IPCOH aus dem DPI. Sie wurde in die Variable RESPON umbenannt und als Dummyvariable kodiert. Die Ausprägung 1 bedeutet die Kontrolle einer Partei über die Exekutive und Legislative bzw. eine parlamentarische Einparteienregierung und somit eine relativ höhere „Verantwortlichkeit“.

ILO

ILO ist eine von zwei Variablen, die die Gewerkschaftsstärke eines Landes messen sollen. Diese Variable ist vom Autor erstellt worden. Es wurden hierzu die unterzeichneten und ratifizierten Konventionen der International Labour Organization (ILO) ermittelt und in einer ersten Variable als Zahl der in einem Jahr ratifizierten Konventionen im Datensatz abgetragen. Da jedoch die Zahl der ratifizierten Konventionen pro Jahr sehr viele Missing Values erzeugte und keine sinnvollen Ergebnisse erbrachten, wurde aus der Gesamtzahl der Ratifizierungen das arithmetische Mittel gebildet und so für jeden Staat eine „Länderkonstante“ erstellt. Abgesehen von dieser methodischen Unzulänglichkeit ist es auch fraglich, ob mit der Zahl der ILO-Konventionen überhaupt die Gewerkschaftsstärke gemessen wird. Leider fand der Autor keine alternative Datenquelle mit einer direkteren Messung der Variable Gewerkschaftsstärke.

SOZ

Der zweite Versuch, die Gewerkschaftsstärke zu messen, erfolgt über die staatlichen Ausgaben für Gesundheit. Diese wurden prozentual am Bruttoinlandsprodukt gemessen und stammen aus dem WDI-Variable SHXPDTOTLZS. Auch hier bleibt fraglich, ob mit dieser Variable tatsächlich die Gewerkschaftsstärke gemessen wird.

DEMOCR

DEMOCR mißt den Demokratiegrad eines Staates. Die Variable hat die Ausprägungen 0 bis 20 und wird als metrische Variable behandelt. Der Wert 20 charakterisiert den höchstmöglichen Demokratiegrad. Die ursprüngliche Variable ist die aus dem Polity IV-Datensatz entnommene POLITY-Variable. Sie aggregiert die Demokratie- und Autokratie-Charakteristiken der dort aufgeführten Variablen DEMOC und AUTOC. Bei der POLITY-Variable wurde der Wertebereich von –10 bis +10 auf 0 bis 20 transformiert, ansonsten blieb sie unverändert. Die Variable weist 70 fehlende Werte auf, die dadurch entstanden, daß in den Entwicklungsländern Übergangsstadien identifiziert wurden, die den Forschern eine Klassifikation unmöglich machte. Darunter fielen beispielsweise militärische Besetzungen durch Drittstaaten, Unruhe-Perioden durch Staatsstreich oder revolutionäre Veränderungen (ebda.: 26).

DEBT

Gibt die externe Verschuldung eines Staates an. Gemessen wird sie durch den Schuldendienst prozentual zu den Staatseinnahmen. Quelle: WDI, Variable DTTDSDPPGRVZS.

UNEMP

Gibt die Arbeitslosenquote gemessen an der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung an. Quelle: WDI, Variable SLUEMTOTLZS.

RESERVE

RESERVE basiert auf der WDI-Variable FIRESTOTLCD und ist ein Maß für die Höhe der Währungsreserven eines Landes. Sie umfaßt alle Devisenbestände und Goldreserven gemessen in US-Dollar. Um die Zahlen länderübergreifend vergleichen zu können, wurden

die Werte durch das jeweilige Bruttoinlandsprodukt dividiert und in eine neue Variable überführt.

GNPCAP

Die Variable NYGNPPCAPKD aus dem WDI gibt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar, Basis 1995, an.

5.3 Kontrollvariablen

POP

POP gibt die Gesamtzahl der Bevölkerung an. Quelle: WDI, Variable SPPOPTOTL.

INVEST

INVEST gibt die Höhe der inländischen Investitionen als Anteil des Bruttoinlandsprodukts an. Quelle: WDI, Variable NEGDIFTOTZS.

INFL

INFL beziffert die inländische Inflationsrate („GDP deflator“), Quelle: WDI, Variable NYGDPDEFLKDZG.

6 Empirische Analyse

6.1 Statistische Methode

Quinn und Inclán mit einer ähnlichen Analyse der Kapitalmarktoffenheit verwenden als statistisches Verfahren die OLS-Regression. Sie begründen dieses Vorgehen einmal mit der Normalverteilung der Residuen, der hohen Anzahl der Werte der abhängigen Variable (0-14) und der Annahme, daß Kapitalmarktoffenheit eine kontinuierliche Variable darstellt, die hier nur grob gemessen wurde.

Das erscheint problematisch, wenn man bedenkt, daß die abhängige Variable auf Werte zwischen 0 und 14 begrenzt ist und die erstellte Funktion also keine stetige Funktion sein kann, welches eine grundlegende Anforderung von OLS-Regressionen ist. Auch eine Auffächerung ordinaler Variablenwerte in viele Abschnitte, wie hier geschehen, beseitigt nicht das grundsätzliche Methodenproblem. Denkbar wäre im Gegensatz eine Zusammenlegung der ordinalen Werte gewesen. Die durch die OLS-Regression produzierten, grundsätzlich aussagekräftigen und leicht interpretierbaren Ergebnisse sind zwar verlockend, in diesem Fall jedoch möglicherweise irreführend.

In dieser Arbeit wird die ordinale Qualität der abhängigen Variable anerkannt und die komplizierteren Verfahren und die weniger intuitive Interpretation der Ergebnisse logistischer Verfahren in Kauf genommen.

Es soll der Zusammenhang zwischen der Höhe der Kapitalverkehrskontrollen (abhängige Variable) und diversen innenpolitischen und ökonomischen Faktoren (unabhängige Variablen) ermittelt werden. Es handelt sich demnach um eine multivariate Analyse, für die grundsätzlich mehrere Untersuchungsmethoden zur Verfügung stehen. Die herkömmliche OLS-Regression ist, wie oben schon angedeutet, nicht angebracht, da diese eine metrisch skalierte abhängige Variable voraussetzt. Eine OLS-Regression käme zu Ergebnissen, die wenig sinnvolle Vorhersagen über y machen würde.

In Frage kommen hier logistische Regressionsverfahren. Auch diese Modelle sagen die abhängige Variable aus einer linearen Kombination aus unabhängigen Variablen vorher. Allerdings sind der mathematische Weg und die Art der Ergebnisse andere.

Da die vorliegende abhängige Variable keine stetige ist, denn sie hat keine Zwischenwerte zwischen den einzelnen Kategorien, führen die Ergebnisse der logistischen Regression nur zu Chancen (Odds), zu denen eine Beobachtung der einen oder anderen Kategorie der abhängige Variablen zugeordnet ist. Diese Odds ergeben sich aus dem Verhältnis der Wahrscheinlichkeiten, zu Kategorie 1 oder 2 usw. zu gehören. Die Odds-Ratios (Chancenverhältnisse) ergeben sich schließlich daraus, daß man die Odds der Untersuchungseinheiten dividiert. Mathematisch betrachtet, können Odds die Werte von 0 bis unendlich annehmen. Negative Werte sind nicht möglich, da die Division aus positiven Wahrscheinlichkeiten auch nur positiv sein kann (Kohler und Kreuter 2001: 258). Da aber auch hier eine lineare Funktion beschrieben werden soll, nur mit Chancen statt mit stetigen Werten wie bei einer OLS-Regression, müssen auch Werte kleiner 0 möglich sein. Aus diesem Grund wird der Logarithmus der Odds verwendet. Diese Werte bezeichnet man als Logits. Eine Wahrscheinlichkeit von 0,5 ergibt einen Logit-Wert von 0, Werte darüber und darunter verlaufen symmetrisch und beschreiben einen S-förmigen Kurvenverlauf. Damit ist eine lineare Beziehung zwischen den unabhängigen und der abhängigen Variablen geschaffen, und man kann nun die Chancen angeben, unter denen eine Beobachtung zu der einen oder anderen Kategorie gehört.[38]

Mit der Maximum-Likelihood-Methode werden die Wahrscheinlichkeiten der Zuordnung zur richtigen wahren Ausprägung der abhängige Variable maximiert. Dies geschieht über eine effiziente Schätzung der Beta-Koeffizienten durch viele Iterationen.

Der Likelihood-Wert wird logarithmiert, so daß der Wertebereich von minus unendlich bis 0 beträgt. Bei perfekten Wahrscheinlichkeiten liegt der Likelihood-Wert bei 0, bei unwahrscheinlichen Fällen liegt er bei großen Minuswerten (Rese 2000: 112).

---

[38] Die Interpretierbarkeit einer logarithmierten Chance ist natürlich dem menschlichen Gehirn fremd. Man kann diese Werte aber durch eine einfache Formel wieder leicht in Wahrscheinlichkeiten umrechnen (Kohler und Kreuter 2001: 259).

Je höher die so errechneten β-Koeffizienten sind, desto stärker ist die Steigung der logistischen Funktion und desto exakter ist der Übergang der abhängigen Variable von 0 auf 1, bzw. - bei mehr als zwei Kategorien - von einer auf die nächste Ausprägung definiert.

Das bedeutet wiederum, daß eine um so genauere Vorhersage der abhängigen Variable durch das Modell möglich wird (ebda.: 114).

Da Zugehörigkeitswahrscheinlichkeiten ermittelt werden, können aus der logistischen Analyse Aussagen gemacht werden über die Veränderung der Wahrscheinlichkeit der Ausprägung der abhängigen Variable, wenn die unabhängigen Variablen verändert werden (ebda.: 105).

Auf der Seite der unabhängigen Variablen sind sowohl metrische als auch kategoriale Variablen zugelassen, wobei letztere wiederum dichotomisiert werden müssen, d. h. es werden Dummy-Variablen (mit den Ausprägungen 1 und 0, „Erfolg“ und „Nichterfolg“) aus jeder Kategorie gebildet und diese in das Modell eingefügt. Damit eine logistische Regression sinnvoll interpretierbar ist, muß geprüft werden, ob zentrale Annahmen der Regressionstheorie erfüllt sind. Viele gelten dabei für die OLS- wie für logistische Regressionen:

Das Modell muß einerseits korrekt spezifiziert sein; das bedeutet für logistische Funktionen, daß die Logits eine lineare Funktion der unabhängigen Variablen darstellen müssen (Hamilton 1998: 225).

Weiterhin dürfen die unabhängigen Variablen keine linearen Funktionen anderer unabhängiger Variablen beschreiben (Multikollinearität). Eine starke Multikollinearität verursacht unpräzise Voraussagen (ebda.).

Ferner müssen eventuell vorhandene Extremwerte, sogenannte Ausreißer, identifiziert werden. Diese passen wegen ihrer abnormen Werte nicht in das Modell, und es muß daher geprüft werden, ob es sich hierbei um falsche Messungen handelt, ob wichtige Variablen im Modell fehlen usw. Meist handelt es sich um die Folge eines nicht vollständig spezifizierten Modells (Kohler und Kreuter: 215).

Des weiteren sollen die Fehler unkorreliert sein, um eine unerwünschte Autokorrelation zu vermeiden. Bei Zeitreihen sind meistens die zeitlich aufeinanderfolgenden Beobachtungen einander ähnlich. Diese serielle Korrelation, die auch in dem hier verwendeten Datensatz auftritt, erfordert einen speziellen Test, z. B. die Durbin-Watson-Teststatistik. Alternativ kann die serielle Korrelation durch ein geeignetes statistisches Verfahren „herausgerechnet“ werden. Hier stehen Fixed-Effects-, Between-Effects- und Random-Effects-Modelle zur Verfügung (Kohler und Kreuter 2001: 239).

Bei dem ausgewählten Random-Effects-Modell werden die β-Koeffizienten unter der Annahme geschätzt, daß die Werte innerhalb der gleichen Beobachtungseinheit (hier: der Staaten) einander ähnlicher sind als zwischen den Beobachtungseinheiten (ebda.: 243).

Das Verfahren der logistischen Regression erfordert eine Mindestanzahl von Fällen, bei deren Unterschreiten die Aussagekraft des Modells in Frage gestellt ist. Die absolute Fallzahl sollte mindestens 50 Fälle umfassen, wobei die Zahl der Kategorien der abhängigen Variable diese Forderung erhöht. Eine Kategorie sollte als Mindestanforderung 25 Beobachtungen aufweisen (Rese 2000:107). Der vorliegende Datensatz zeigt hier eine Schwäche auf. Die Kategorie 0 der Kapitalverkehrskontrollen besitzt nur eine Fallzahl von 31, während die Kategorie 5 gleich 968 Fälle vorweist. Wegen dieser Ungleichverteilung schien es ratsam, die Kategorien 0 und 1, 2 und 3 sowie 4 und 5 zusammenzulegen. Versuchsweise wurde die abhängige Variable in einer dritten Variante dichotomisiert, wobei die Werte 0, 1 und 2 zu 0 und 3, 4 und 5 zu 1 zusammengefaßt wurden. Wie später noch zu sehen sein wird, ergibt sich dadurch die Möglichkeit eines statistischen Verfahrens, Random-Effects-Modelle in Verbindung mit der logistischen Regressionsanalyse gleichzeitig zu berechnen (Stata Reference Manual 7, 377ff).

Um jedoch den höheren Informationsgehalt der vorliegenden ordinalen abhängigen Variable nutzen zu können, sind zuerst ordinale Logit-Modelle die Mittel der Wahl. Es gibt mehrere Möglichkeiten, ordinale Logit-Modelle zu berechnen: Erstens als eine Art multinomiale Regression, in der den Koeffizienten Constraints auferlegt werden, oder zweitens das Proportionate-Odds-Modell, das hier verwendet werden soll (vgl. Kohler und Kreuter 2001: 300). In dem verwendeten Statistikprogramm entspricht dieses Modell dem Befehl „ologit“.

Bei diesem handelt es sich um ein Modell, bei dem die ordinale abhängige Variable als metrische Variable aufgefaßt wird, an bestimmten numerischen Punkten Grenzen erhält und somit zu einer kategorialen Einteilung kommt. Der numerische Wert dieser Grenzen ist unbekannt. Das Proportionate-Odds-Modell schätzt nun diese Grenzwerte und eine Linearkombination der unabhängige Variablen. Geht man davon aus, daß der Fehlerterm μ eine spezifische Verteilung hat, z. B. eine logistische, dann läßt sich die Wahrscheinlichkeit berechnen, mit der eine bestimmte Kombination unabhängiger Variablen zu einer bestimmten Kategorie der abhängigen Variable führt.

Bei dem vorliegenden Datensatz handelt es sich um einen Panel-Datensatz, d. h. es werden von einer Vielzahl Staaten Daten über mehrere Zeitpunkte erhoben. Hier besteht, wie oben erwähnt, grundsätzlich die Möglichkeit, daß die Daten eines Staates von Jahr zu Jahr weniger variieren als zwischen den Staaten. Ein übliches Regressionsmodell würde die Daten so behandeln, als läge eine normaler Querschnittsdatensatz vor. Diese serielle Korrelation kann man veranschaulichen durch die Annahme eines weiteren Fehlerterms[39], der sich ergibt, wenn jede Untersuchungseinheit eine gewisse Konstanz der Ausprägung der abhängigen Variable besitzt. Eine Möglichkeit, mit diesem Fehlerterm umzugehen, ist ihn als Zufallsvariable mit einem bestimmten Wert zu bestimmen. Das bedeutet, man erklärt den Fehlerterm als eine Variable, der für jede Untersuchungseinheit einen konstanten Wert hat (ebda.: 240). Diese Berechnung nimmt das sogenannte Random-Effects-Modell vor. Die Koeffizienten werden in diesem Modell durch Maximum Likelihood unter der Annahme geschätzt, daß die Beobachtungen innerhalb einer Untersuchungseinheit ähnlich sind. Damit ist der Panelstruktur Rechnung getragen.

Aus dem DPI- und dem Polity-Datensatz wird je eine unabhängige Variable ins Modell genommen, die kategoriale Ausprägungen hat, nämlich die ideologische Ausrichtung der Regierungsparteien (lGOVRLC) und die Verantwortlichkeit der Regierung (IPCOH). Diese Variablen werden in die Modellgleichung aufgenommen wie bei einer linearen Regression. Hierfür werden sie in Sets von Dummy-Variablen überführt. Die Auslassung eines dieser

[39] außer dem üblichen Fehlerterm in der Regressionsgleichung

Dummy-Variablen als Referenzkategorie ist nicht notwendig, weil die definierten Missing Values bereits eine solche beschreiben.

Das hier verwendete Statistikprogramm ist Stataχ.

Im Anhang B ist der Do-File angegeben. Damit können alle Analyse-Befehle nachvollzogen und die Ergebnisse nachgerechnet werden.

6.2 Regressionsanalyse

Für einen ersten Eindruck wurde ein Ologit-Modell mit allen Variablen und Kontrollvariablen gerechnet. Es handelt sich hier um ein Ologit-Modell, das zusätzlich robuste Schätzungen der Varianz nach Huber/White vornimmt.

Für einen genauen Überblick über den erreichten (oder nicht erreichten) Modellfit wird vorerst der vollständige Ausdruck von Stata übernommen. Bei weiteren Analysen wird dann der Übersicht halber die „Journal-Variante“ gewählt.

```
OPEN LEFT RIGHT CENTER BUREAU RESPON ILO SOZ DEMOCR DEBT UNEMP RESERVE
GNPCAP POP INFL INVEST

Iteration 0:   log likelihood = -1245.6074
Iteration 1:   log likelihood = -1151.9736
Iteration 2:   log likelihood = -1144.9833
Iteration 3:   log likelihood = -1144.3754
Iteration 4:   log likelihood = -1144.3135
Iteration 5:   log likelihood = -1144.3123
Iteration 6:   log likelihood = -1144.3123

Ordered logit estimates                           Number of obs   =      1152
                                                  Wald chi2(14)   =    182.29
                                                  Prob > chi2     =    0.0000
Log likelihood = -1144.3123                       Pseudo R2       =    0.0813
```

OPEN	Coef.	Robust Std. Err.	z	P > |z|	95% Conf. Interval	
LEFT	0,2437849	0,1715521	1,421	0,155	-0,0924511	0,5800209
RIGHT	0,4933548	0,2368732	2,083	0,037	0,0290918	0,9576178
CENTER	0,795727	0,2841195	2,801	0,005	0,2388631	1,352591
BUREAU	0,0002254	0,0000624	3,614	0,000	0,0001032	0,0003476
RESPON	-0,0557999	0,1445232	-0,386	0,699	-0,3390601	0,2274603
ILO	0,640248	0,2871641	2,230	0,026	0,0774168	1,203079
SOZ	-0,0024306	0,00029	-8,381	0,000	-0,0029991	-0,0018622
DEMOCR	-0,0362006	0,0137805	-2,627	0,009	-0,0632098	-0,0091914
DEBT	-0,0000603	0,0000352	-1,713	0,087	-0,0001294	8,69E-06
UNEMP	-0,0001604	0,0000498	-3,224	0,001	-0,0002579	-0,0000629
RESERVE	0,0020085	0,0004739	4,238	0,000	0,0010797	0,0029374
GNPCAP	-0,0003838	0,0001747	-2,197	0,028	-0,0007261	-0,0000414
POP	1,69E-09	3,62E-10	4,669	0,000	9,81E-10	2,40E-09
INFL	0,0000116	0,000125	0,093	0,926	-0,0002334	0,0002566
INVEST	-0,0001563	0,0001855	-0,842	0,400	-0,0005199	0,0002073
K1	-4,325291	0,3822837				
K2	-2,776108	0,3335636				
K3	-2,248504	0,316793				
K4	-1,549481	0,3101834				
K5	-0,3928425	0,3161854				

Hierauf wurden die erkennbar insignifikanten Variablen weggelassen und solange neue Regressionen gerechnet, bis keine deutlich insignifikanten Ergebnisse mehr vorhanden waren. Durch die stufenweise Eliminierung der Variablen mit einem P>|z|-Wert > 0,05 blieben folgende Variablen im Modell enthalten:

```
OPEN CENTER BUREAU  ILO SOZ DEMOCR DEBT UNEMP RESERVE GNPCAP POP

Iteration 0:   log likelihood = -1246.4437
Iteration 1:   log likelihood = -1155.6544
Iteration 2:   log likelihood = -1148.6962
Iteration 3:   log likelihood = -1148.0479
Iteration 4:   log likelihood = -1147.9761
Iteration 5:   log likelihood = -1147.9744
Iteration 6:   log likelihood = -1147.9744

Ordered logit estimates                   Number of ob s   =      1154
                                          Wald chi2(9)    =     168.86
                                          Prob > chi2     =     0.0000
Log likelihood = -1147.9744               Pseudo R2       =     0.0790
```

OPEN	Coef.	Robust Std. Err.	z	P > |z|	95% Conf. Interval	
CENTER	0,5141779	0,2512492	2,046	0,041	0,0217385	1,006617
BUREAU	0,0002222	0,0000536	4,146	0,000	0,0001171	0,0003272
ILO	0,6463322	0,276518	2,337	0,019	0,1043668	1,188298
SOZ	-0,0024119	0,0002844	-8,480	0,000	-0,0029694	-0,0018545
DEMOCR	-0,0209261	0,0112208	-1,865	0,062	-0,0429184	0,0010662
DEBT	-0,00007	0,000034	-2,058	0,040	-0,0001367	-3,32E-06
UNEMP	-0,0001463	0,0000475	-3,080	0,002	-0,0002394	-0,0000532
RESERVE	0,0020365	0,0004985	4,085	0,000	0,0010595	0,0030136
GNPCAP	-0,0004492	0,0001639	-2,741	0,006	-0,0007704	-0,0001281
POP	1,71E-09	3,44E-10	4,959	0,000	1,03E-09	2,38E-09
K1	-4,364358	0,349159				
K2	-2,813033	0,290138				
K3	-2,285002	0,2730501				
K4	-1,590531	0,2669105				
K5	-0,4425033	0,2768191				

Bei beiden Modellen fällt zunächst der niedrige Pseudo-R^2-Wert auf, der sich unabhängig von der Zahl der unabhängigen Variablen um 0,07 bewegt. Der von Stata ausgegebene Pseudo-R^2 ist der von Mc Fadden (Kohler und Kreuter 2001: 272).

Das McFadden-Maß mißt die Trennkraft der unabhängigen Variablen und gibt damit ein Maß an, mit dem verschiedene Modelle geprüft werden können (Rese 117). Ist der Unterschied zwischen dem Log-Likelihood-Wert und dem des Nullmodells gering, dann liegt der McFadden-Wert nahe Null. Von einer guten Modellanpassung kann man sprechen, wenn der McFadden-Wert bei 0,2 bis 0,4 oder höher liegt (Rese 116).

Der vorliegende extrem niedrige Wert zeigt bereits eine schlechte Anpassung des Modells an die Daten.

Der Prob > chi^2 verwirft zwar die Nullhypothese, daß keine der unabhängigen Variablen einen Einfluß auf die abhängige Variable hat. Dies beweist aber nur, daß zumindest einer der β–Koeffizienten einen irgendwie gearteten Einfluß auf die abhängige Variable hat. Dies genügt selbstverständlich nicht als Bestätigung des Modells (Kohler und Kreuter 2001: 273).

Ein vorsichtiger Blick auf die Vorzeichen und „Signifikanzen“ des ausführlichen Modells zeigt, daß bei vier Variablen die erwarteten Vorzeichen auftauchen, und drei von ihnen zusätzlich einen $P > |z|$ von kleiner als 0,05 aufweisen. Wenn man die Kontrollvariablen unberücksichtigt läßt, dann ist das lediglich ein Drittel.

Versuchsweise wurden auch Interaktionseffekte geprüft, so z. B. zwischen LEFT und UNEMP, wie in der Literatur verschiedentlich thematisiert (z. B. Schulze 2000: 101). Alle diese Variablen waren in der Interaktion insignifikant.

Oben wurde bereits diskutiert, daß die OPEN-Variable wegen der schwachen Ausprägung einer Kategorie in die Variable OPEN3 mit nur noch drei Kategorien transformiert wird.

Um eventuelle Unterschiede durch die Redimensionierung der OPEN-Variable von sechs auf drei Kategorien darzulegen, wurden zwei robuste Ologit-Modelle gerechnet:

	(1) OPEN	(2) OPEN3
CENTER	0,514 (2,05)*	2,105 (3,22)**
BUREAU	0,000 (4,15)**	0,000 (0,24)
ILO	0,646 (2,34)**	0,321 (1,00)
SOZ	-0,002 (8,48)**	-0,003 (7,55)**
DEMOCR	-0,021 (1,86)*	-0,037 (2,38)**
DEBT	0,000 (2,06)*	0,000 (1,76)*
UNEMP	0,000 (3,08)**	0,000 (0,94)
RESERVE	0,002 (4,09)**	0,001 (0,95)
GNPCAP	0,000 (2,74)**	-0,001 (3,79)**
POP	0,000 (4,96)**	0,000 (4,03)**
K1	-4,364	-4,757
K2	-2,813	-3,508
K3	-2,285	
K4	-1,591	
K5	-0,443	
N	1154	1154

Robust z-statistics in parentheses

* significant at 5% level, ** significant at 1% level

Man bemerke die größere „Signifikanz“ der unabhängigen Variablen bei Verwendung der ursprünglichen OPEN-Variable mit sechs Kategorien. Der Vorzeichenwechsel bei der GNPCAP-Variable stimmt bedenklich. Beide Male wurde GNPCAP als „signifikant“

ausgegeben, und schon eine bloße Umgruppierung der abhängigen Variable führt zu einem Richtungswechsel! Dies könnte ein weiterer Hinweis dafür sein, daß die gerechneten Modelle die Wirklichkeit schlecht abbilden. Es wurden daraufhin weitere Versuchsrechnungen mit anderen Variablen und ohne die Robustfunktion durchgeführt. Es traten immer wieder zweideutige Ergebnisse auf.

Ein weiteres Problem in diesen Berechnungen bleibt die nicht berücksichtigte Panelstruktur des Datensatzes. Wie oben schon diskutiert, scheint hier ein Random-Effects-Modell geeignet. Stata bietet mit xtprobit und xtlogit eine Möglichkeit, logistische Regressionen mit der gleichzeitigen Berechnung der Random-Effects durchzuführen (Statacorp 2001: 377f). Zunächst scheint die Verwendung eines Probitmodells unattraktiv, da man die ordinale Qualität der abhängigen Variable aufgeben und damit einen Informationsverlust in Kauf nehmen muß. Probit-Modelle sind mit den dichotomen Logit-Modellen vergleichbar und können nur ein ungeordnetes Kategorienpaar verarbeiten (1 und 0, „Erfolg“ oder „Nichterfolg“). Ein Blick auf die Verteilung der ordinalen, bereits einmal transformierten abhängigen Variable OPEN3 läßt vermuten, daß eine weitere Reduzierung der dreifach ordinalen in eine dichotome kategoriale Variable keinen allzu großen Unterschied verursachen dürfte.

Auch die Tatsache, daß ein Mehr an Kategorien bei OPEN zu mehr „Signifikanz“ geführt hat, erleichtert die Entscheidung zu dem Informationsverlust, der sich durch die dichotome Variable OPEN2 ergibt.

Ordinale abhängige Variable OPEN3

OPEN3	Freq.	Percent	Cum.
1	111	7,49	7,49
2	142	9,59	17,08
3	1228	82,92	100,00
Total	1481	100,00	

Dichotome abhängige Variable OPEN2

OPEN2	Freq.	Percent	Cum.
0	164	11,07	11,07
1	1317	88,93	100,00
Total	1481	100,00	

Aus diesem Grund wurden mehrere Logit- und Probit-Random-Effects-Modelle gerechnet.

Zu Beginn wieder ein Modell, das alle Variablen beinhaltet:

```
Fitting comparison model:

Iteration 0:   log likelihood = -356.14698
          ↓                        ↓
Iteration 7:   log likelihood = -292.87439

Fitting full model:

rho =    0.0   log likelihood = -292.87437
          ↓                        ↓
Iteration 7:   log likelihood = -195.76679

Random-effects probit               Number of obs      =      1152
Group variable (i) : id             Number of groups   =        84

Random effects u_i ~ Gaussian       Obs per group: min =         1
                                                   avg =      13.7
                                                   max =        20

                                    Wald chi2(12)      =     77.24
Log likelihood  = -195.76679        Prob > chi2        =    0.0000
```

OPEN2	Coef.	Std. Err.	z	P > |z|	95% Conf. Interval	
LEFT	1,157211	0,3274644	3,534	0,000	0,5153922	1,799029
RIGHT	0,5362611	0,3643232	1,472	0,141	-0,1777991	1,250321
CENTER	2,540144	0,9409944	2,699	0,007	0,6958287	4,384459
BUREAU	-0,0002982	0,0001473	-2,025	0,043	-0,0005869	-9,51E-06
RESPON	0,5484382	0,2138436	2,565	0,010	0,1293124	0,967564
ILO	0,5140379	0,4322312	1,189	0,234	-0,3331197	1,361196
SOZ	-0,0017786	0,0004059	-4,381	0,000	-0,0025742	-0,0009829
DEMOCR	-0,102396	0,0247929	-4,130	0,000	-0,1509891	-0,0538028
DEBT	0,0001525	0,0000547	2,789	0,005	0,0000453	0,0002596
UNEMP	-0,0001947	0,0000697	-2,793	0,005	-0,0003314	-0,0000581
RESERVE	-0,000698	0,0007463	-0,935	0,350	-0,0021606	0,0007646
GNPCAP	-0,0015481	0,0003245	-4,771	0,000	-0,0021841	-0,0009121
_CONS	5,416751	0,9274333	5,841	0,000	3,599015	7,234487
/LNSIG2U	1,245033	0,2101079	5,926	0,000	0,833229	1,656837
SIGMA_U	1,863612	0,1957798	1,516818	2,289695		
RHO	0,7764389	0,0364709	0,6970372	0,8398129		

Likelihood ratio test of rho = 0: chi2(1) = 194,22 Prob > chi2 = 0,0000

Es wurden noch weitere Random-Effects- und Fixed-Effects-Modelle als xtlogit und xtprobit gerechnet. Alle diese Modelle zeigten sich auf die Variation der unabhängigen Variablen ähnlich empfindlich. Die z-Statistiken einiger Variablen kehrten sich auf diese Weise leicht um. Aus der Instabilität der Ergebnisse wird geschlossen, daß die vorliegenden Daten nicht in logistischen Modellen darstellbar sind bzw. der vermutete Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängigen Variablen nicht stark genug ist. Deshalb wurde auf die in der Literatur empfohlenen Modellfit-Tests verzichtet (z.B. Schnell 1994: 253).

Sie hätten nur dann einen Sinn, wenn die oben erzielten Ergebnisse eine gewisse Stabilität hätten.

6.3 Diskussion der statistischen Ergebnisse

Positive Vorzeichen der ß-Koeffizienten bedeuten sowohl in den ordinalen wie auch in den dichotomen Modellen eine Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen. Genauer: Ein positives Vorzeichen der Koeffizienten der unabhängigen Variablen zeigt an, daß die logarithmierte Chance für eine Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen steigt. Ein negatives Vorzeichen bedeutet folglich schlicht eine Kapitalmarktliberalisierung.

Die Interpretation der Vorzeichen ist in einer gelungenen statistischen Analyse nur der Beginn der Interpretation der Ergebnisse. Im vorliegenden Fall kommt sie leider nicht darüber hinaus.

Die vorliegende statistische Analyse unterstützt die theoretischen Annahmen nur schwach. Erstens, weil die gerechneten logistischen Regressionen instabile Ergebnisse zeigen. Zweitens, weil die Vorzeichen teilweise die entgegengesetzte Wirkung der unabhängigen Variablen implizieren.

Bei einer vorsichtigen Interpretation ergeben sich folgende Beobachtungen:

Die Parteienvariablen LEFT, RIGHT und CENTER haben durchweg positive Vorzeichen, d. h. es gab keine Partei, durch die Kapitalverkehrskontrollen aus ideologischen oder machtpolitischen Gründen reduziert wurden. Die Rolle der Bürokratie (BUREAU) und der handlungsfähigen Regierung (RESPON) waren widersprüchlich, wobei die Bürokratie am ehesten zur Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen neigte. Die erste „Gewerkschaftsvariable“ ILO hatte, wie vorausgesagt, meist ein positives Vorzeichen, die zweite Variable jedoch, die Sozialausgaben (SOZ), stets ein negatives. Von den drei ökonomischen Variablen DEBT, RESERVE und GNPCAP hatte nur letztere, wie vorhergesagt, stets ein negatives Vorzeichen, die anderen Ergebnisse waren instabil. Der Reichtum eines Landes scheint also die Kapitalmarktliberalisierung zu fördern.

Der Demokratiegrad (DEMOCR) hatte stets das nicht vorhergesagte Vorzeichen: Demokratie korreliert also ebenfalls, wenn die Daten diesen Schluß erlauben, mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Es muß jedoch noch einmal unterstrichen werden, daß die statistische Analyse nur sehr schwache Ergebnisse produziert hat und deshalb eine Interpretation auf wackligem Boden steht. Mehr als eine Vorzeicheninterpretation scheint hier auf keinen Fall angemessen.

Welche Gründe gibt es für die vorliegenden schwachen statistischen Ergebnisse? Im folgenden sollen einige Fehlerquellen identifiziert werden.

Das theoretische Modell ist möglicherweise falsch konzipiert, d. h. inhaltlich falsch. Es stellt vielleicht plausible, aber empirisch nicht haltbare Hypothesen über Zusammenhänge zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen in den untersuchten Staaten auf. Die Ergebnisse über den Demokratisierungsgrad und die Parteienideologie könnten ein Hinweis dafür sein, daß die Theorie teilweise falsch ist. Das vorgestellte theoretische Modell sagte eine Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen bei stärkerer Demokratisierung voraus. Dies folgte aufgrund der Annahmen des Medianwählertheorems in Verbindung mit der Annahme, daß die relativ armen Schichten eines Landes von Kapitalverkehrskontrollen profitieren und über die Wahlen solche erzwingen würden. Diese Argumentation hat mehrere Schwachpunkte: Das Medianwählertheorem beispielsweise macht plausibel, warum sich Parteien auf eine bestimmte Art verhalten. In seiner reinen Form würde es voraussagen, daß alle Parteien sich am Medianwähler orientieren. Realiter gibt es aber Parteien, die eine Regierungsbeteiligung anstreben und dennoch Extrempositionen vertreten. Man kann also zum einen den empirischen Gehalt des Medianwählertheorems bezweifeln. Weiterhin könnte man in Frage stellen, ob die Wahlbevölkerung überhaupt eine Meinung, geschweige denn eine veröffentlichte Meinung zu Kapitalverkehrskontrollen besitzt. Drittens werden einige Ökonomen bestreiten, daß Kapitalverkehrskontrollen überhaupt eine positive Wirkung auf die ärmeren Schichten eines Staates haben, und andere Gegenargumente mehr.

Kapitalverkehrskontrollen sind komplexe Eingriffe in den internationalen Wirtschaftskreislauf. Zusammenhänge, die die politischen Machtgefüge und Präferenzen aller Akteure eines Staates zu plausibilisieren versuchen, stoßen notwendigerweise auf eine Vielzahl konkurrierender Theorieansätze. Um mit James Coleman zu sprechen: Das Makrophänomen Kapitalverkehrskontrollen kann nicht durch die eine oder andere plausible Handlungstheorie vollständig erklärt werden.

Ein weiterer Grund für die instabilen statistischen Ergebnisse könnte die Heterogenität der Staaten im untersuchten Sample sein. Wie bereits oben eingehend erörtert wurde, gelten möglicherweise einige hier vermutete theoretische Zusammenhänge nur für Staaten mit bestimmten Charakteristiken, beispielsweise etatistischer oder liberaler Staatsverfassung (siehe Kapitel 2.3.1).

Eine weitere mögliche Fehlerquelle hängt mit dem vorliegenden Datensatz zusammen. Der Länder-Sample ist keine Zufallsstichprobe. Es liegen nicht für alle Entwicklungsländer Daten über die Kapitalverkehrskontrollen vor, und von den vorliegenden Staaten gab es häufig nur für wenige Jahre diese Angaben. Man kann also nicht von einer Zufallsstichprobe sprechen, sondern muß sie im weitesten Sinne als Klumpenstichprobe bezeichnen. Daraus würden sich größere Standardschätzfehler ergeben (Kohler und Kreuter 2000: 235). Diese müßten durch statistische Verfahren korrigiert werden.

Weitere Fehlerquellen können durch falsche Datenmessungen und eine unpassende Operationalisierung der theoretischen Konstrukte entstehen. Letzteres sei hier besonders unterstrichen. Gesucht wurde nach einer Variable, die die Gewerkschaftsstärke mißt. Für eine direkte Messung waren keine Daten verfügbar, so daß die Zahl der ratifizierten Arbeitsschutzkonventionen der International Labour Organization und die Höhe der Sozialausgaben als Surrogat herangezogen wurden, weil angenommen wurde, daß sich starke Gewerkschaften in den Kennziffern dieser Variablen niederschlagen würden. Ob mit den Variablen allerdings gemessen wird, was beabsichtigt ist, bleibt besonders bei solch gewagten Operationalisierungen fraglich.

7 Schlußbetrachtung

In dieser Arbeit wurde versucht, eine polit-ökonomische Theorie der Kapitalverkehrskontrollen zu begründen. Hierzu wurden im Rahmen des Modells des rationalen Akteurs verschiedene Theorieansätze aus der jüngeren Literatur herangezogen und eine plausible und falsifizierbare Theorie über Kapitalverkehrskontrollen in Entwicklungsländern entwickelt.

Das theoretische Modell zur Erklärung der Kapitalverkehrskontrollen besteht aus drei theoretischen Komponenten, einer politischen, einer ökonomischen und einer institutionalistischen Komponente. Aus den Annahmen über die politische Willensbildung ergibt sich, daß Regierungen Kapitalverkehrskontrollen als Instrument zum eigenen Machterhalt erkennen und einsetzen. Dies geschieht in erster Linie durch die distributiven Wirkungen, die sich durch Kapitalverkehrskontrollen ergeben. Es wird unterstellt, daß Kapitalverkehrskontrollen das Staatsbudget erweitern und damit potentiellen Wählern (in Demokratien) oder unterstützenden Gruppen (in Autokratien) staatliche Leistungen oder private Renten angeboten werden.

Die ökonomischen Überlegungen ergaben, daß Kapitalverkehrskontrollen zwar von Regierungen erlassen werden, diese aber durch bestimmte ökonomische und ferner institutionelle Rahmenbedingungen in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt sind und auf bestimmte Art und Weise auf diese Restriktionen reagieren müssen. So wird erwartet, daß Kapitalverkehrskontrollen zumindest auf kurzfristige Kapitalbewegungen erlassen werden, wenn die Währungsreserven knapp, der Staat hoch verschuldet und die Arbeitslosigkeit hoch sind. Nur dann kann die Regierung vermutlich den Kapitalabfluß stoppen, das Budget durch die Besteuerung des Kapitals erhöhen und notwendige wirtschaftspolitische Programme einleiten, um so letztlich Unruhen und oder gar im schlimmsten Fall einen Staatsstreich verhindern zu können.

Institutionelle Restriktionen ergeben sich beispielsweise durch die Existenz demokratischer Institutionen und der durch konkurrierende Akteure eventuell beschränkten Handlungsfreiheit der Regierung.

Es wurde eine statistische Überprüfung dieses theoretischen Modells anhand der Daten von 89 Entwicklungsländern über den Zeitraum von 1978 bis 1999 versucht. Die Höhe der Kapitalverkehrskontrollen ergab sich aus der Zahl der staatlichen Regulierungen des Kapitalverkehrs und wurde ordinal in 6 Kategorien gefaßt. Die unabhängigen Variablen wurden aus verschiedenen bekannten Datensätzen entnommen.

Es wurden ordinale und kategoriale logistische Regressionsverfahren durchgeführt.

Die statistischen Ergebnisse stützten das Theoriemodell nur teilweise. Überdies waren sie instabil, die Signifikanzen schwankten je nach den im Modell enthaltenen Variablen und den gewählten statistischen Verfahren. Eine vorsichtige Interpretation der Ergebnisse kommt zu folgenden Schlüssen:

Es wurden keine Unterschiede zwischen Links- und Rechtsparteien festgestellt, alle Parteien führten zu einer Zunahme von Kapitalverkehrskontrollen. Die Rolle allein regierender Parteien war statistisch widersprüchlich. Das Modell nahm an, daß Parteien, die eine größere Regierungsverantwortung tragen, mehr Kapitalverkehrskontrollen erlassen würden, da sie mehr an ihren sichtbaren Erfolgen gemessen würden als Parteien in Koalitionsregierungen.

Auch die Rolle der Bürokratie war statistisch nicht eindeutig. Hier war angenommen worden, daß starke Bürokratien zu einem restriktiveren Kapitalmarkt führen würden, da sie über die Verwaltung der Kapitalverkehrskontrollen persönliches Einkommen, Prestige und Macht erhöhen könnten.

Starke Gewerkschaften sollten ebenfalls zu hohen Kapitalverkehrskontrollen führen, denn diese besteuern in erster Linie die Kapitalbesitzer und verbessern das Faktorpreisverhältnis Arbeit-Kapital zugunsten der Arbeiter. Die Überprüfung dieser Hypothese scheiterte vermutlich an der ungenügenden Operationalisierung der Gewerkschaftsstärke. Es wurden in Ermangelung besserer Daten die Zahl der ratifizierten ILO-Konventionen sowie die Höhe staatlicher Gesundheitsausgaben als Indikatoren für die Gewerkschaftsstärke verwendet.

Von drei ökonomischen Variablen, der Verschuldungsquote, den Währungsreserven sowie des Bruttoinlandsprodukts war nur die letztgenannte in der erwarteten Richtung statistisch stabil.

Hier zeigt sich möglicherweise, daß für reiche Länder die Budget generierende Funktion von Kapitalverkehrskontrollen weniger Gewicht haben könnte als das „Privileg“, am weltweiten Kapitalverkehr teilzunehmen. Dieser Befund gilt bereits für die OECD-Staaten als gesichert.

Der Grad der Demokratie in einem Land zeigte die entgegengesetzte Richtung dessen an, was prognostiziert worden war. Demokratien führen möglicherweise zum Abbau von Kapitalverkehrskontrollen. Die Überlegung, daß durch die schützende Funktion der Kapitalverkehrskontrollen in Verbindung mit dem Medianwählertheorem Demokratie zur Kapitalmarktabschottung führen müßte, erwies sich empirisch als falsch. Vielleicht haben die Theoretiker recht, die vermuten, daß eine demokratische Kultur auch eine Freiheit auf dem Kapitalmarkt induziere.

Welche können die Gründe für die mangelnde Bestätigung des theoretischen Modells sein?

Einerseits kann das entwickelte Modell falsch sein. Die ausgewählten unabhängigen Variablen beeinflussen die abhängige Variable nicht in einem wesentlichem Maß, bzw. nicht in den Entwicklungsländern. Die wirklich determinierenden Variablen sind möglicherweise nicht im Modell vorhanden. Oder es gibt weit mehr Zusammenhänge als angenommen, welche sich wechselseitig bedingen und jede einfach strukturierte Theorie empirisch falsifizieren. Vielleicht lassen sich also Kapitalverkehrskontrollen überhaupt nicht mit einer einfachen Theorie prognostizieren, weil so viele Variablen beteiligt sind, daß man sie nicht alle in ein theoretischen Modell übernehmen kann. Wenn eine Theorie als stringente, die Komplexität der Wirklichkeit vereinfachende Methode angestrebt wird, kann sie bei der Behandlung komplexer Phänomene auch versagen.

Die Variablen wurden möglicherweise falsch operationalisiert, d. h. sie maßen nicht, was sie messen sollten. Das trifft beispielsweise sicher auf die Gewerkschaftsstärke-Variablen zu, für die keine besseren Variablen gefunden werden konnten.

Weniger bedeutsam, aber dennoch erwähnenswert wären Meßfehler. Bei der Ideologievariable wurden Parteien beispielsweise die Kürzel LEFT, RIGHT etc. zugewiesen. Etwa 40% der Parteien konnten von den Autoren des DPI-Datensatzes in keine der drei Kategorien eingeordnet werden, weil die ideologische Verortung nicht sicher schien. Auf

diese Weise können erhebliche Meßfehler in den Datensatz gelangen. Ähnliches gilt für andere Variablen.

Die Theorie war, gestützt auf frühere Untersuchungen, vermutlich gut begründet, fand aber keine Bestätigung in der Empirie. Es bleibt die Hoffnung, daß man in Zukunft das Phänomen der Kapitalverkehrskontrollen in Entwicklungsländern noch besser beleuchten wird und eine stringente Theorie über deren Höhe entwirft, die eine deutlichere Bestätigung durch die Statistik erhält als die vorliegende Arbeit.

Bibliographie

Alesina, Alberto und Allan Drazen (1991): Why are Stabilizations Delayed?, in: American Economic Review 81, 1170-1188

Alesina et al. (1994): Alesina, Alberto, Vittorio Grilli und Gian Maria Milesi-Ferretti: The Political Economy of Capital Controls, in: Leidermann, Leonardo und Assaf, Razin (Hrsg.): Capital mobility: The Impact on Consumption, Investment and Growth, New York 1994

Alesina, Alesina und Guido Tabellini (1989): External Debt, Capital Flight and Political Risk, Journal of International Economics, 27, 199-220

Andrews, D. (1994): Capital Mobility and State Autonomy: Toward a Structural Theory of International Monetary Relations, in: International Studies Quarterly 38, 193-218

Bates, Robert und Anne Krueger (1993): Political and Economic Interactions in Economic Policy Reform, Oxford

Beck, Nathaniel und Jonathan N. Katz (1995): What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data, in: American Political Science Review, Vol. 89, No.3, 634-647

Beck et al. (2000) : Beck, Thorsten, George Clarke, Alberto Groff, Philip Keefer und Patrick Walsh: New Tools and Tests in Comparative Political Economy. The Database of Political Institutions, World Bank Policy Research Paper, No. 2283, Washington DC

Beck et al. (2001): Beck, Thorsten, George Clarke, Alberto Groff, Philip Keefer und Patrick Walsh: The Database of Political Institutions (DPI), VERSION 3.0, May 2001 (Datensatz). Zusätzlich Text: Definition of Variables

Bhagwati, Jagdish: The Capital Myth: The Difference between Trade in Widgets and Dollars, in: Foreign Affairs, 77, 7-12

Bresser Pereira et al. (1993): Bresser, Pereira, Lois Carlos, Jose Maria Maravall und Adam Przeworski: Economic Reforms in New Democracies, Cambridge

Buch, Claudia et al. (1998): Buch, Claudia, Ralph Heinrich, Christian Pierdzioch: Taxing Short-Term Capital Flows- an Option for Transition Economies?, in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 321, Institut für Weltwirtschaft, Kiel

Coleman, James S.: Foundations of Social Theory, Cambridge, Massachusetts and London 2000 (1. Aufl. 1926)

Cox, Gary W. (1999): The Empirical Content of Rational Choice Theory. A Reply to Green and Shapiro, Journal of Theoretical Politics 11(2): 147-165

Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy, New York 1957

Epstein, Gerald A. und Juliet B. Schor (1992): Structural Determinants and Economic Effects of Capital Controls in OECD Countries, in: Banuri, Tariq und Juliet B. Schor (Hrsg.): Financial Openness and National Autonomy, Oxford

Fry, Maxwell (1995): Money, Interest and Banking in Economic Development, John Hopkins University Press, Baltimore

Garrett, Geoffrey (1995): Capital Mobility, Trade and the Domestic Politics of Economic Policy, International Organization 49: 657-87

Garrett, Geoffrey und Peter Lange (1995): Internationalization, Institutions and Political Change, in: International Organization 49: 627-55

Genschel, Philipp und Thomas Plümper (1997): Regulatory Competition and International Cooperation, Journal of European Public Policy 4: 4, 626-642

Gibson Heather D. und Euclid Tsakalos (1994): The Scope and Limits of Financial Liberalization in Developing Countries: A Critical Survey, in: The Journal of Development Studies Vol. 30 (3), 578-628

Hamilton, Lawrence C. (1998): Statistics with Stata 5, Belmont

Hamilton, Lawrence C. (1992): Regression with Graphics: A Second Course in Applied Statistics, Belmont

Harrison, Ann (1996): Openness and Growth: A Time-Series, Cross-Country Analysis for Developing Countries, in: Journal of Development Economics, Vol. 48

Immergut, Ellen (1997): The Normative Roots of the Neo-Institutionalism: Historical Institutionalism and Comparative Policy Studies, in: Benz, Arthur und Wolfgang Seibel (Hrsg.): Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft - eine Zwischenbilanz, Baden-Baden

Immergut, Ellen (1998): The Theoretical Core of the New Institutionalism, in: Politics and Society, Vol. 26, No. 1, 5-34

International Monetary Fund: Report on Exchange Arrangements and Exchange Restrictions, Jahrgänge 1979-2000, Washington, DC

Jaggers, Keith und Ted Robert Gurr (1995): Tracking Democracy's Third Wave with the Polity III Data, in: Journal of Peace Research, Vol. 32, No.4, 469-482

Kohler, Ulrich und Frauke Kreuter: Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung, München und Wien 2001

Krüger, Anne O.(1992): Economic Policy Reform in Developing Countries, Cambridge

Krugman, Paul (1994): Competitiveness. A Dangerous Obsession, Foreign affairs 73: 28-44

Lancaster, Tony (1990) The Econometric Analysis of Transition Data, Cambridge University Press, Cambridge

Leblang, David A. (1997): Domestic and Systemic Determinants of Capital Controls in the Developed and Developing World, in: International Studies Quarterly, 41, 435-454

Mansfield, Edward D., Helen V. Milner und B. Peter Rosendorf (2000): Free to Trade: Democracies, Autocracies and International Trade, in: American Political Science Review, Vol. 94, No.2, 305-321

Marshall, Monty G. und Keith Jaggers (2000): Polity IV Project, Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-1999, Dataset Users' Manual, University of Maryland

Martin, Christian W.: Konvergenz der Differenz? Die Wahl handelspolitischer Instrumente im außenwirtschaftlichen Öffnungsprozeß der Entwicklungsländer. Beitrag zur Tagung des Arbeitskreises Handlungs- und Entscheidungstheorie der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, 16.-17.2.2001, Konstanz

Martin, Christian et al. (2001): Martin, Christian W., Thomas Plümper und Gerald Schneider: Foreign Economic Liberalization Dataset COCOA Martin et al. (2001): Martin, Christian W., Thomas Plümper und Gerald Schneider: Economic Openness in Developing Countries: An Empirical Investigation using CACAO. Paper to be presented at the meeting of the DGS Methodology Section, Universität Konstanz, 30./31. März 2001

Milner, Helen und Keiko Kubota (1999): Does More Democracy Lead to More Open Trade Regimes?, Columbia University, Manuskript

Niskanen, William (1971): Bureaucracy and Representative Government, Chicago und New York

Olson, Mancur (1965): The Logic of Collective Action, Cambridge

Opp, Karl-Dieter (1999): Contending Conceptions of the Theory of Rational Action, Journal of Theoretical Politics 11(2): 171-202

Plümper, Thomas und Evelyn Dietsche (1999): Weltwirtschaftliche Öffnung im Entwicklungsprozeß. Wieviel Kapitalverkehrskontrollen vertragen Entwicklungsländer?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B10/99, 5.3.99, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Plümper, Thomas und Gerald Schneider (2000): The Trilemma of the Protectionist Autocrat: Assessing the Link between Democratisation, Governmental Divisions and Foreign Economic Liberalization. Paper prepared for presentation at the APSA annual conference in San Francisco

Putnam, Robert (1988): Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games, in: International Organization 42, 427-460

Quinn, Dennis P. (1997): The Correlates of Changes in International Financial Regulation, in: American Political Science Review 91: 531-52

Quinn, Dennis P. (2000): Democracy and Financial Liberalization. Paper prepared for presentation at the 2000 Annual Convention of the American Political Science Association

Quinn, Dennis P. und Carla Inclán (1997): The Origins of Financial Openness: a Study of Current and Capital Account Liberalization, in: American Journal of Political Science, Vol. 41 No.3, 1997, S.771-813

Rese, Mario (2000): Logistische Regression, in: Backhaus, Klaus et al.: Multivariate Analysemethoden, eine anwendungsorientierte Einführung, 9.Aufl., Berlin Heidelberg New York

Riedel, James (1997): Capital Market Integration in Developing Asia, The World Economy Vol. 20: 1-19

Rodrik, Dani (1994): The Rush to Free Trade in the Developing World: Why so late? Why now? Will it last?, in: Haggard, Stephen und Steve Webb (Hrsg.): Voting for Reform: Democracy, Political Liberalization and Economic Adjustment, Oxford, University Press, Oxford, 61-88

Rodrik, Dani (1996): Understanding Economic Policy Reform, in: Journal of Economic Literature, Vol. 34, 9-41

Schneider, Gerald und Thomas Plümper (1999): Forschungsprojekt „Außenwirtschaftliche Öffnung und die Anpassung nationalstaatlicher Institutionengefüge im Transformations- und Entwicklungsprozeß“

Schnell, Rainer (1994): Graphisch gestützte Datenanalyse, München und Wien

Schnell/Hill/Esser (1999): Schnell, Rainer, Paul B. Hill und Elke Esser: Methoden der empirischen Sozialforschung, 6. Aufl., München und Wien

Schulze, Günther G. (2000): The Political Economy of Capital Controls, Cambridge, University Press, Cambridge

STATACORP (2001): Stata Reference Manual, Release 7, Vol. 4, College Station, Stata Press

STATACORP (1999): Stata Reference Manual Extract, Release 6, College Station, Stata Press

Tsebelis, George (1995): Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism, in: British Journal of Political Science, 25, 289-325

Tullock, Gordon (1967): The Welfare Costs of Tariffs, Monopolies and Theft, Western Economic Journal, 5, 224-232

Tutz, Gerhard (2000): Die Analyse kategorialer Daten, München

Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen

Weniger, Lothar (1988): Kapitalverkehrskontrollen im Europäischen Währungssystem, Frankfurt/Main

Wolf, Martin (1998): Ins and Outs of Capital Flows, Financial Times 16.6.98

Wuffle, A. (1999): Credo of a “Reasonable Choice” Modeler , Journal of Theoretical Politics 11(2): 203-206

Anhang

Anhang A: **Plots über die Entwicklung der Kapitalverkehrskontrollen und des Demokratisierungsgrades**

Anhang B: **Befehlsfolge der Statistikanalyse (Do-File)**

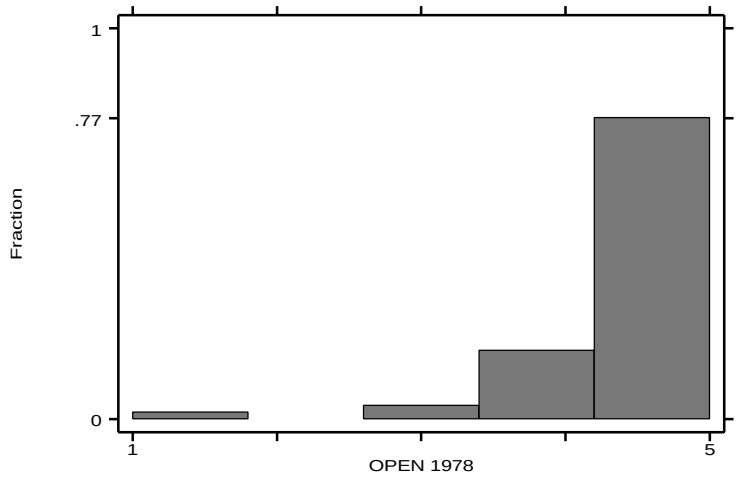
Anhang C: **Liste der im Datensatz vorhandenen Entwicklungsländer**

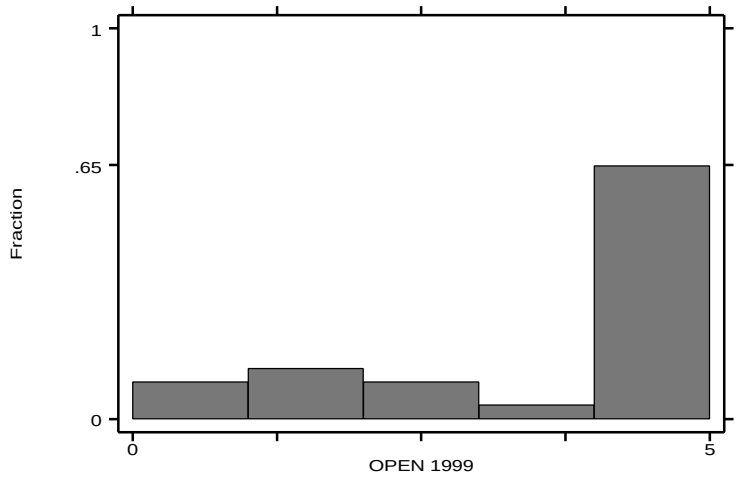
Anhang D: **Übersicht der Einzelindikatoren der abhängigen Variable Capital**

Anhang E: **Zusammensetzung der Variablen AUTOC und DEMOC**

Anhang A

Entwicklung der Kapitalverkehrskontrollen

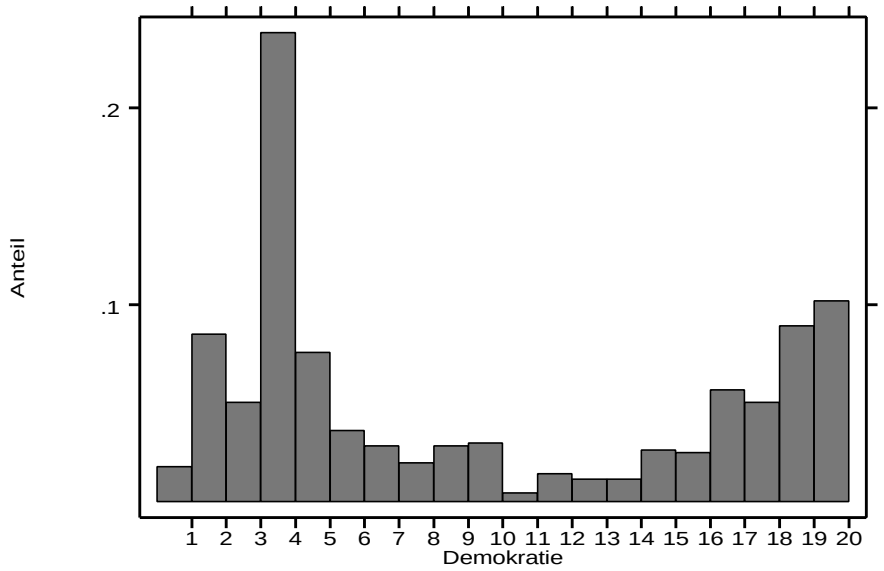




0: keine Kapitalverkehrskontrollen

5: Höchstmaß an Kapitalverkehrskontrollen

Demokratisierungsgrad der untersuchten Entwicklungsländer



0: niedrigster Demokratisierungsgrad

20: höchster Demokratisierungsgrad

Anhang B

Übersicht über die Befehlsfolge in der Statistikanalyse (Do-File)

```
version 6.0
set more off
capture log close
log using
* Datensatz: CACAO, WDI, DPI, Polity IV u.a.
use openel.dta, clear
* Deskriptive Statistik Entwicklung der Kapitalverkehrskontrollen
gr open year, jitter(3) s(.) xlabel (1978, 1990, 1999) ylabel(0/5) border

* Demokratisierungsgrad der Entwicklungsländer
gr democr, bin (20) xlabel (1/20) ylabel (.1,.2 )

* robustes Ologit-Verfahren
ologit OPEN RIGHT CENTER BUREAU  ILO SOZ DEMOCR DEBT UNEMP
RESERVE GNPCAP POP, robust

ologit OPEN CENTER BUREAU  ILO SOZ DEMOCR DEBT UNEMP RESERVE
GNPCAP POP, robust

* Probitmodell mit Random Effects
xtprobit OPEN2 LEFT RIGHT CENTER BUREAU RESPON ILO SOZ DEMOCR
DEBT UNEMP RESERVE GNPCAP POP, i (ID)

* Journal-Tabelle mit OPEN und OPEN3, Rohfassung
ologit OPEN CENTER BUREAU ILO SOZ DEMOCR DEBT UNEMP RESERVE
GNPCAP POP, robust
    outreg using modl1_3, nolabel replace
    ologit OPEN3 CENTER BUREAU ILO SOZ DEMOCR DEBT UNEMP RESERVE
```

```
GNPCAP POP, robus
    outreg using modl1_3, nolabel append
type modl1_3.out
```

Anhang C

Übersicht der im Datensatz vorhandenen Entwicklungsländer: [40]

ALGERIA
ANGOLA
ARGENTINA
BANGLADESH
BENIN
BHUTAN
BOLIVIA
BOTSWANA
BRAZIL
BURKINA FASO
BURUNDI
CAMBODIA
CAMEROON
CENTRAL AFRICAN REPUBLIC
CHAD
CHILE
CHINA
COLOMBIA
CONGO, DEMOCRATIC REPUBLIC OF
CONGO, REPUBLIC OF
COSTA RICA
CÔTE D'IVOIRE
DOMINICAN REPUBLIC
ECUADOR
EGYPT
EL SALVADOR
ERITREA
ETHIOPIA
GABON
GAMBIA,THE
GHANA
GUATEMALA
GUINEA
GUINEA-BISSAU
HONDURAS
INDIA
INDONESIA
IRAN
JAMAICA
JORDAN
KENYA
LAO, PDR
LESOTHO
LIBERIA
LIBYA
MADAGASCAR
MALAWI
MALAYSIA
MALI
MAURITANIA
MAURITIUS
MEXICO
MOROCCO
MOZAMBIQUE
MYANMAR
NAMIBIA
NEPAL
NICARAGUA
NIGER
NIGERIA
OMAN
PAKISTAN
PANAMA
PAPUA NEW GUINEA
PARAGUAY
PERU
PHILIPPINES
RWANDA
SAUDI ARABIA
SENEGAL
SIERRA_LEONE
SOMALIA
SOUTH AFRICA
SRI LANKA
SUDAN
SYRIAN ARAB REP
TANZANIA
THAILAND
TOGO
TRINIDAD AND TOBAGO
TUNISIA
TURKEY
UGANDA
URUGUAY
VENEZUELA
VIETNAM
YEMEN, REP OF
ZAMBIA
ZIMBABWE

---

[40] Es wurden die englischen Ländernamen beibehalten, da sie auf diese Weise der Reihenfolge im Datensatz entsprechen und dort so leichter gefunden werden können.

Anhang D

Übersicht der Einzelindikatoren der abhängigen Variable Capital [41]

Diese Einzelindikatoren nehmen den Wert 0 oder 1 an, je nachdem, ob die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

LONGCAP1 = 1, wenn

- Restriktionen bei ausländischen Direktinvestitionen existieren
- Restriktionen beim Rücktransfer dieser Investitionen in das Ausland existieren

SHRTCAP1 = 1, wenn

- Beschränkungen beim Import und/oder Export von Banknoten in einheimischer und/oder ausländischer Währung existieren
- multiple Wechselkurspraktiken existieren

---

[41] Diese Übersicht ist aus der noch zu erscheinenden Dissertation von Christian W. Martin entnommen, der sie für diese Arbeit freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

SHRTCAP2 = 1, wenn

- Beschränkungen beim Transfer von Investitionsgewinnen aus dem Ausland ins Inland und/oder aus dem Inland ins Ausland existieren

- Pflichten existieren, Devisenerlöse aus ausländischen Investitionen in das Inland zu überführen

- Pflichten existieren, Devisenerlöse aus ausländischen Investitionen an einheimische Banken zum offiziellen Wechselkurs zu verkaufen

SHRTCAP3 = 1, wenn

- Restriktionen für Inländer existieren, um Devisenkonten im Inland zu halten

- Restriktionen für Inländer existieren, um Devisenkonten im Ausland zu halten

- Restriktionen für Ausländer existieren, um Devisenkonten im Inland zu halten

Anhang E

Zusammensetzung der Variablen AUTOC und DEMOC [42]

AUTOC

Authority Coding	Scale Weight
Competitiveness of Executive Recruitment (X RCOMP):	
(1) Selection	+2
Openness of Executive Recruitment (XROPEN):	
only if XRCOMP is coded Selection (1)	
(1) Closed	+1
(2) Dual/designation	+1
Constraints on Chief Executive (XCONST):	
(1) Unlimited authority	+3
(2) Intermediate category	+2
(3) Slight to moderate limitations	+1
Regulation of participation (PARREG):	
(4) Restricted	+2
(3) Sectarian	+1
Competitiveness of Participation (PARCOMP):	
(1) Repressed	+2
(2) Suppressed	+1

[42] In Klammern sind die Variablennamen der Indizes aufgeführt, die ebenfalls Teil des Polity IV Datensatz sind.

DEMOC

Authority Coding	**Scale Weight**
Competitiveness of Executive Recruitment (X RCOMP):	
(3) Election	+2
(2) Transitional	+1
Openness of Executive Recruitment (XROPEN):	
only if XRCOMP is Election (3) or Transitional (2)	
(3) Dual/election	+1
(4) Election	+1
Constraint on Chief Executive (XCONST):	
(7) Executive parity or subordination	+4
(6) Intermediate category	+3
(5) Substantial limitations	+2
(4) Intermediate category	+1
Competitiveness of Political Participation (PARCOMP):	
(5) Competitive	+3
(4) Transitional	+2
(3) Factional	+1